

REDAKTIONSNACHRICHTEN

Die Chile-Nachrichten werden im Auftrag folgender Komitees herausgegeben:

- Chile-Komitee Berlin,
- Chile-Komitee Hamburg,
- Komitee für ein sozialistisches Chile Hannover,
- Komitee Solidarität mit Chile Heidelberg,
- Aela München,
- Komitee Solidarität mit Chile Tübingen

Die Redaktion hat ihren Sitz in Berlin.

Alle redaktionellen Arbeiten, Schreibarbeiten, Layout und Druckarbeiten werden vom Redaktionsteam und befreundeten Druckern gratis in Nacharbeit erbracht. Aber die Kosten müssen aus dem Leserkreis gedeckt werden. Alle Leute, die bisher nicht für die CHILE-NACHRICHTEN gespendet haben (die Hälfte der Bezieher), werden aufgefordert, dies sofort zu tun:

Spendenkonto: Postscheckamt Berlin West Nr. 380087-108
Kontoinhaberin: Elfriede Kohut.

Die Spenden müssen das Kennwort "CHILE-NACHRICHTEN" tragen, da sie sonst den allgemeinen Spenden zur Unterstützung des politischen Kampfes in Chile zugeschlagen werden.

Die Kostendeckung wird erreicht, wenn man sich an folgende Übersicht hält:

- Solidaritätspreis - bei direkter Abgabe DM 1.-
- bei Zusendung innerhalb Berlins 1,50DM
- bei Zusendung innerhalb der BRD 2.- DM

Daraus folgt bei etwa nomatlichem Erscheinen der normalen Nummern - bei Berücksichtigung der Kosten von Büromaterial:

- für ein Jahr in Berlin DM 25.- Solidaritätspreis
- für ein Jahr innerhalb der BRD DM 30.- Solidaritätspreis

Wir wollen die notwendigen Schritte unternehmen, um die Portokosten zu senken und den Versand über den Postzeitungsdienst zu ermöglichen.

Die Chile-Komitees und interessierte Buchländen können mehrere Exemplare einer Nummer gegen Voreinsendung von DM 0,50 pro Exemplar erhalten, wobei davon ausgegangen wird, daß sie zum Solidaritätspreis von DM 1.- verkauft und die Erträge der Öffentlichkeitsarbeit des jeweiligen Komitees oder dem Spendenkonto zugewiesen werden.

"Si companero" ist ein Informationsbulletin in spanischer Sprache für lateinamerikanische Flüchtlinge, das über die Berliner Redaktion zu beziehen ist.

Redaktion dieser Nummer: Redaktionskollektiv
Presserechtlich verantwortlich: Gisela Sommer
Redaktionsschluß für die nächste Nummer: 16. Mai 1974
Letzter Einsendetermin: 13. Mai 1974

Alle Nachrichten, Beiträge und Bestellungen sind zu richten an:
Redaktion der CHILE-NACHRICHTEN c/o ESG
1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8, Tel.: (030) 853 8000

WIR DRUCKEN BEI AGIT! DRUCKT IHR AUCH BEI AGIT ??
1 Berlin 41, Ahornstr. 26

CHILE-NACHRICHTEN

NUMMER 15

22.4.1974

WESTBERLIN



BANZER BORDABERRY

GEISEL

PINOCHET

Die Faschisten formieren sich

INHALT

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE	CHILE UND LATEINAMERIKA	38
- Langsamer Mord und Kriegstreiberei	CHILE UND DIE BRD	
- Solidarität mit den chilenischen Ärzten	- Schafft Stipendien für Flüchtlinge	39
- Solidarität mit den chilen.Gewerkschaftern	- Keine Einreise für Brasilianer	43
- Befehlen und gehorchen	INFORMATIONEN	46
DIE CHILENISCHE LINKE	BIBLIOGRAPHIE	47
SPRICHT	REDAKTIONSNACHRICHTEN	48
- Interview mit Miguel Enriquez, MIR		19
- Interview mit Jaime Gazmuri, MAPU-OC		29

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE

Langsamer Mord und Kriegstreiberei

Mit dem Prozeß gegen sieben führende Partei- und Staatsfunktionäre der Sozialistischen Partei in Valdivia begann Mitte März eine Serie von Prozessen, die nach den neuesten Bekundungen der Militärjunta jetzt beschleunigt zur Aburteilung der vielen tausend politischen Gefangenen führen soll, die in Gefängnissen und Konzentrationslagern nun schon Monate unter extremsten Bedingungen leben. Alle sieben Angeklagten in Valdivia, unter ihnen der frühere Intendant - die höchste Autorität der Provinz - Sandor Arancibia, wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Ein zweiter großer Prozeß wurde Ende März in Temuco gegen mehr als 40 Mitglieder des MIR durchgeführt. Er endete mit langjährigen Haftstrafen für die große Mehrzahl der Angeklagten.

Und schließlich findet jetzt auch der Prozeß gegen mehr als 50 Offiziere und Unteroffiziere der Luftwaffe sowie einige Zivilisten statt, der ursprünglich am 3. April beginnen sollte, aber verschoben wurde, weil die damals tagende Gouverneurskonferenz der Interamerikanischen Entwicklungsbank nicht durch das schlechte Bild, das dieser Prozeß bietet, gestört werden sollte. (Die Dokumentation Nr. 1 der CHILE-NACHRICHTEN vom März 1974 hat ausführlich über die Vorbereitung dieses Prozesses unterrichtet.)

Alle diese und die noch folgenden Prozesse sind aus vielfachen Gründen eine bittere Farce. Erstens sind aus den meisten Gefangenen in monatelangen Verhörserien unter Anwendung der grauenhaftesten Foltern Geständnisse herausgepreßt worden, deren Wahrheitsgehalt nicht mehr weiter überprüft wird.

Zweitens werden alle Prozesse grundsätzlich vor Militärgerichten und nach dem Kriegsrecht durchgeführt, obwohl den Angeklagten Verbrechen oder Vergehen zur Last gelegt werden, die sie vor dem Putsch und damit vor der Verkündung des Zustands des Inneren Krieges begangen haben sollen.

Drittens ist es für viele Angeklagte schwierig, überhaupt einen Verteidiger zu finden, so daß - wie in Temuco und Valdivia - juntafreundliche Offiziere zu Pflichtverteidigern ernannt werden.

Viertens erhalten die Verteidiger kaum Einsicht in die Prozeßakten. Der Verteidiger der Mitglieder des MIR in Temuco hatte genau 16 Stunden Zeit, um sich mit einigen dutzend Fällen vertraut zu machen.

Fünftens findet in den Prozessen selbst keine Tatsachenermittlung mehr statt. Die Anwälte erhalten Gelegenheit zur Verlesung ihrer Verteidigungsschriften, und dann wird auch schon das Urteil gesprochen.

Schließlich werden sechstens die Urteile dem jeweiligen regionalen Militärbefehlshaber zur Überprüfung überlassen. Er kann sie, ohne weitere Rechtfertigung, bestätigen oder abändern. Bisher sind nahezu hundert Fälle bekannt, in denen - oft geringfügige - Haftstrafen auf diese Weise in Todesurteile umgewandelt wurden, die schon vollstreckt wurden, bevor sie überhaupt bekannt gemacht wurde.

Gefahr droht den politischen Gefangenen aber nicht nur durch die politischen Prozesse selbst, sondern vor allem durch die Haftbedingungen, denen sie vor und nach den Prozessen unterworfen sind. Mitte März starb der Luftwaffengeneral Alberto Bachelet, den man trotz eines Herzleidens mehrfach schwer gefoltert hatte, in Untersuchungshaft. Und kurz darauf gab die Junta bekannt, José Tohá, unter Allende Innen- und Verteidigungsminister, habe Selbstmord begangen. Tohá war schwer krank, wog zum Schluß nur noch 45 Kilo und niemand glaubt, daß er auch nur physisch in der Lage war, Selbstmord zu begehen. Der Kardinal Silva Henríquez las provokativ für ihn eine Messe, um zu demonstrieren, daß es sich nicht um Selbstmord handelte - die katholische Kirche in Chile weigert sich grundsätzlich, für Selbstmörder die Totenmesse zu feiern. Die Beerdigung José Tohá wurde zu einer politischen Demonstration. Unter Beteiligung namhafter sozialistischer und christdemokratischer Politiker wie der Abgeordneten Laura Allende (Schwester des Präsidenten), des Senators Aniceto Rodríguez (PS), der Senatoren Tomás Pablo und Osvaldo Olguín (PDC) und anderer gaben mehrere Tausende dem ehemaligen Vizepräsidenten das letzte Geleit und beschuldigten die Junta in Sprechchören offen des Mordes.

Tatsächlich scheint es das Ziel der Junta zu sein, die wichtigsten Politiker der Linken, die in ihrer Macht sind und mit denen sich die Massen der Bevölkerung identifizieren könnten, durch äußerste Verschärfung der Haftbedingungen langsam in den Tod zu treiben. So war auch der ehemalige Außenminister Clodomiro Almeyda einige Wochen ohne jeden Kontakt mit der Außenwelt, und als seine Frau endlich erfuhr, wo er war, und ihn in der Kriegsakademie der Luftwaffe besuchen konnte, erkannte sie ihn kaum noch wieder. Der reaktionäre Vorstand der chilenischen Anwaltskammer, darunter der Ex-Senator Julio Durán, sah gleichwohl keinen Anlaß, sich für Almeyda einzusetzen.

Im Konzentrationslager der Insel Dawson, auf der jetzt der extrem scharfe antarktische Winter eingesetzt hat, werden noch immer viele politische Gefangene festgehalten. Die Junta hat die Insel jetzt für jeden Besuch gesperrt, um die unmenschlichen Bedingungen dort nicht bekannt werden zu lassen. Aber auch in den anderen Lagern und Haftanstalten werden die Bedingungen, unter denen die politischen Gefangenen leben, immer schlimmer. Besonders gefürchtet ist das Folterzentrum von Gejas Verdes bei San Antonio, sehr nah bei der Hauptstadt und dennoch geographisch völlig von der Umwelt isoliert. Hier werden mit der Unterstützung brasilianischer Experten die Bemühungen um eine Verfeinerung der Foltermethoden konzentriert.

Zum direkten, unsystematischen Mord, wie er in der Zeit direkt nach dem Putsch an der Tagesordnung war, tritt auf diese Weise jetzt der langsame, systematische Mord durch Haft hinzu. Die in Helsinki (Ende März) und Rom (Anfang April) durchgeführten Tribunale gegen die Junta haben auch in dieser Hinsicht eine Menge von Beweismaterial über die systematische Verletzung der Menschenrechte erbracht.

Die Situation der Arbeiter und Angestellten verschlechtert sich derweil von Tag zu Tag. Die von Anfang an scharf gedrückten Realeinkommen sinken infolge der liberalistischen Wirtschaftspolitik ständig weiter. Seit Jahresbeginn ist der Inflationsindex bereits um 60% gestiegen, die Kaufkraft der festen Einkommen infolgedessen bereits um fast 40% gefallen. Und eine Kompensation dieses Kaufkraftverlusts ist auch für April nicht vorgesehen.

Die Folgen machen sich vor allem bemerkbar im Sinken der Produktion, das ganz im Widerspruch steht zu dem von der Junta angekündigten Wirtschaftswunder nach bundesdeutschem oder brasilianischem Muster. Zwar werden immer weniger Statistiken veröffentlicht, aber das wenige, was zu erfahren ist, genügt, um sich ein Bild zu machen. So ergeben sich aus einer im "Mercurio" vom 9. März veröffentlichten Statistik des Unternehmervereins SOFOFA nach weiteren Berechnungen folgende Veränderungen der Industrieproduktion gegenüber den jeweiligen Monaten der Vorjahre (in Prozenten):

1973	gegenüber 1972	gegenüber 1971
August	- 12,0	-8,8
September	- 25,6	-31,3
Oktober	+19,1	+10,8
November	+ 4,6	- 3,9
Dezember	+ 0,9	-10,3

Das bedeutet, daß die Industrieproduktion im Dezember 1973 gegenüber 1971 stärker gesunken ist als im August 1973 gegenüber 1971 stärker gesunken ist als im August 1973, dem letzten Monat der Unidad Popular, als der zweite Führerstreik die Produktion empfindlich störte.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich dieser Prozeß auch in den letzten Monaten weiter fortgesetzt hat, und daß das Produktionsniveau wieder auf den Stand von vor 1970 zurückfällt. Die volle Wiedereingliederung in den Weltmarkt unter den Bedingungen des abhängigen Kapitalismus macht wirtschaftliches Wachstum unmöglich.

Die Situation in der Landwirtschaft ist nicht viel besser. Selbst nach den optimistischen Schätzungen des Büros für landwirtschaftliche Planung wird die Produktion 1974 um 7% niedriger liegen als in den Jahren 1971 und 1972. Das bedeutet zugleich, daß die Kosten für die Einfuhren von landwirtschaftlichen Produkten - bei steigenden Weltmarktpreisen - auf die nie gekannte Höhe von 734 Millionen US Dollar steigen werden: (Vgl. Portada Nr. 44). Gleichzeitig muß die Junta mit einer Steigerung der Kosten der Einfuhr von Erdöl von 120 auf 400 Millionen Dollar rechnen (ERCILLA Nr. 2018). Allein diese beiden Summen erreichen zusammen schon fast die Exporterlöse des Jahres 1973.

Unter diesen Umständen ist die gegenwärtige Entwicklung des Kupferpreises ein einmaliger Glückszustand für die Junta. Von durchschnittlich 48 Cent pro Pfund in der Regierungszeit Allendes ist er in den letzten Monaten auf etwa 120 bis 130 Cent heraufgeschwollen und hat am 1. April sogar kurzfristig die Höhe von 152 Cent erreicht. Es ist nicht zu erwarten, daß der Kupferpreis ständig so hoch bleiben wird, weil gegenwärtig einige besondere Faktoren wie etwa die bevorstehenden Lohnverhandlungen in den nordamerikanischen Kupferminen und Transportschwierigkeiten in Sambia zur Spekulation reizen. Aber die Situation des Außenhandels erfährt auf diese Weise doch eine wesentlichen Erleichterung. Der Bergbauminister, Polizeigeneral Yovane, hat auf Grund der Preisentwicklung des Kupfers schon Pläne entwickelt, ein Kartell nach dem Muster der erdölexportierenden Länder zu bilden, um die Preise noch mehr hochzutreiben. Die übrigen kupferexportierenden Länder haben darauf bisher nicht weiter reagiert.

Ein weiterer Glücksumstand für die Militärjunta ist, daß die Umschuldungsverhandlungen, bei denen es um die Schulden und Zinsen ging, die in den Jahren 1973 und 1974 von Chile hätten bezahlt werden müssen

(mehr als 734 Millionen US -Dollar), Ende März ohne jede Bedingung von Seiten der Gläubigerländer abgeschlossen wurden. In sauberer Trennung von Geschäft und Moral haben die kapitalistischen Länder beschlossen, der Junta Zahlungsaufschub zu gewähren und die Frage der Wahrung der Menschenrechte dabei nicht zu behandeln, sondern auf die "zuständigen" internationalen Gremien zu verweisen.

Die neue britische Regierung hat immerhin zunächst den Versuch gemacht, ihr Wahlversprechen einzulösen und solange keine Waffen nach Chile zu liefern, wie dort die elementarsten Menschenrechte nicht gewährleistet sind. Der Bergbauminister Yovane antwortete darauf mit der sofortigen Androhung eines Lieferstops für Kupfer nach England-auch hier nach arabischem Muster. Inzwischen hat aber die britische Regierung beschlossen, auf das Geschäft, das die Lieferung von zwei Kriegsschiffen und zwei Unterseebooten bedeutet, trotz des scharfen Protests des linken Labour-Flügels doch nicht zu verzichten, zumal sich sonst ähnliche Geschäfte mit Brasilien, Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern hätten zerschlagen können.

Die Junta braucht Waffen, weil sie - offenbar um von inneren Schwierigkeiten abzulenken, sich immer stärker auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Peru vorbereitet. Der Besuch des Juntachefs Pinochet beim Amtsantritt des neuen brasilianischen Präsidenten Geisel in Brasilia und sein dortiges Zusammentreffen mit den faschistischen Präsidenten Banzer von Bolivien und Bordaberry von Uruguay haben zwar nicht zur Bildung eines antimarxistischen Blocks geführt, wie das wohl ursprünglich die Vorstellung der chilenischen Junta war. Sie haben aber wesentliche Übereinstimmung erbracht, und zwar besonders in bezug auf die Notwendigkeit der Isolierung Argentiniens und noch mehr Perus, wobei die in letzter Zeit verbesserten argentinisch-kubanischen bzw. peruanisch-sovietischen Beziehungen besonders kritisch verfolgt werden.



Aus: Noticias, Buenos Aires

In Bolivien ist jetzt, wenige Jahre vor dem hundertjährigen Jubiläum des Pazifik-Krieges, in dem Chile seinen Nachbarländern Peru und Bolivien die Provinzen Parapacá und Antofagasta abgenommen hat, das Problem des Zugangs zum Pazifischen Ozean erneut hochgespielt worden und soll sogar zum Objekt einer Volksabstimmung gemacht werden. Dabei kann Bolivien auf die volle Unterstützung Brasiliens rechnen, das seinerseits über seinen Satelliten Bolivien den Zugang zum Pazifik sucht. Pinochet, dessen Vorliebe für Geopolitik jetzt auch zur Aufnahme geopolitischer Fragen in die Schulbücher geführt hat, ist nun dem Ansinnen seines Kollegen Banzor nicht etwa entgegengetreten, sondern hat angedeutet, daß sich eine Regelung zwischen Bolivien und Chile finden ließe. Die peruanische Regierung hat daraufhin nicht gezögert, einen Vertrag aus dem Jahre 1929 zu zitieren, wonach ehemals peruanisches Territorium von Chile an keinen anderen Staat ohne die Zustimmung Perus abgetreten werden könne. Da Chile aber einen Zugang Boliviens zum Meer bestenfalls in äußersten Norden, also auf ehemals peruanischen Territorium gestatten würde, ist damit auch der äußere Vorwand für eine kriegerische Auseinandersetzung schon bereitgestellt, auf die die Chilenen jetzt systematisch vorbereitet werden sollen. Truppenkonzentrationen im Norden des Landes, Aufforderung an 15 Jahrgänge von Reservisten, sich erneut registrieren zu lassen und Zeitungsartikel über den angeblich sowjet-freundlichen und kriegstreibenden Charakter der peruanischen Regierung sollen eine Atmosphäre schaffen, in der das chilenische Volk sich um nationalistischer Ziele willen hinter die Junta eint.

Vorläufig aber schafft sich die Junta durch ihre Politik im Innern nur noch mehr Feinde. Obwohl die jetzt bekannt gewordenen Protokolle des christdemokratischen Parteivorsitzenden Patricio Aylwin über seine Gespräche mit Innenminister Bonilla klar zeigen, daß er der Junta jede erforderliche Hilfe im Kampf gegen den Kommunismus angeboten hat, lassen die Militärs nun kaum noch Zweifel daran, daß ihr Mißtrauen und ihr Kampf auch dieser Partei gilt. Im Haus des stellvertretenden Parteivorsitzenden Osvaldo Olguin wurden nacheinander fünf Razzien durchgeführt. Und in einem am 10. März vom "Mercurio" veröffentlichten Dokument über soziale Entwicklung, das zwar von der Junta nicht autorisiert war, aber doch die Mentalität ihrer Berater zeigt, wurde die Christdemokratie eindeutig an die Seite des Marxismus gestellt. Auch sie sei nämlich organisatorisch und finanziell vom Ausland abhängig, so wurde dort argumentiert, und auch sie habe eine internationalistische Ideologie. Gegen beide Bewegungen könne sich der chilenische Nationalismus nur durchsetzen, wenn er hart durchgreife und an der Dauer seiner Herrschaft keinen Zweifel lasse.

Selbst mit ihnen eifrigsten Propagandisten geraten die Militärs in Streit. Nach einem heftigen Briefwechsel, in dem es an gegenseitigen Vorwürfen nicht mangelte, wurde der Chef des Fernsehkanals der Katholischen Universität, der Pater Masbún (Vgl. "Theologie des Massakers" in CHILE-NACHRICHTEN Nr. 14), vom militärischen Rektor seiner Stellung enthoben. Der Rektor übernahm selbst die Leitung des Fernsehkanals.

Wirklich schwierig aber wird die Situation für die Junta dadurch, daß die Kirche jetzt eindeutig gegen die Verletzung der Menschenrechte Stellung zu nehmen beginnt. Der Kardinal, der sich jetzt mit einer Leibwache umgeben hat - die Junta hat schnell erklären lassen, daß die Bedrohung von linken Extremisten kommt -, hat sich in seiner Osterpredigt bitter darüber beklagt, daß seine Appelle zur Achtung der Grund-

rechte nicht gehört worden seien. Und vor der am Dienstag nach Ostern beginnenden Vollversammlung der Bischöfe hat der Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof Camus, erklärt, daß die Mehrheit der Würdenträger sehr besorgt und beunruhigt sei wegen der willkürlichen Verhaftungen, der schlechten Behandlung der Gefangenen und der Dauer der Verfahren.

Einige deutsche Politiker teilen diese Besorgnis offenbar nicht. So sind Bruno Heck von der CDU und der Ex-Bundeswehrgeneral Beermann von der SPD im letzten Monat durch Chile gereist und haben mit Sprüchen über die heutigen günstigen Bedingungen für die Entwicklung der deutsch-chilenischen Freundschaft der Junta direkt in die Hände gearbeitet. Mit Christen und Demokraten werden sie in Chile keine Freundschaft mehr schließen können, aber wahrscheinlich liegt ihnen ohnehin nur an den Generälen.

Solidarität mit den chilenischen Ärzten

An die Professoren aller Medizinischen Fakultäten in der Welt!

An die Organisationen aller Medizinstudenten in der Welt!

An alle Ärzte der Welt!

Seit am 11. September 1973 der verfassungsmäßig gewählte Präsident der chilenischen Republik, der Arzt Dr. Salvador Allende, durch den militärischen Putsch beseitigt wurde, richtet sich die härteste Repression, die die Welt in den letzten Jahren gesehen hat, gegen die Bewohner des Landes. In bisher unbekanntem Maße richtet sich die Verfolgung auch gegen Ärzte. Ungefähr 65 Ärzte haben ihr Leben bei den Gewaltakten verloren, die von der Militärclique, die sich der chilenischen Regierung bemächtigte, entfesselt wurden. Diese Toten waren die Opfer verschiedener Umstände. Sie wurden erschossen; sie starben an Verletzungen, die sie bei Folterungen erlitten; sie wurden durch Schüsse in den Rücken verletzt etc. Mehrere hundert Ärzte befinden sich noch unter unmenschlichen Bedingungen in den Gefängniszellen. Andere sind in Konzentrationslager gebracht worden, die denen des Nazifaschismus gleichen und in der Wüste oder nahe dem Südpol liegen, wie auf der Insel Dawson. Unter den Eingekerkerten befinden sich die Doktoren Arturo Jirón Vargas und Edgardo Enriquez Frodden, Minister der verfassungsmäßigen Regierung. Denjenigen, die mehr Glück hatten, steht Festsetzung und Überwachung in ihren eigenen Wohnungen bevor. Alle wurden nach ihrer Gefangennahme verhört und sind Opfer physischer Folterungen und unerlaubter Erpressung.

Da wir Ärzte sind, können wir einige der Folterformen, die angewandt wurden und werden, beschreiben:

- Anwendung von Elektrizität an den Händen, Zehen, äußeren Gehörgängen, Nasenhöhlen, an der Zunge und den äußeren Genitalien.
- Abtrennen von Nägeln ohne Betäubung.
- Zähneziehen ohne Betäubung.
- Erzwungene Wasseraufnahme.
- Untertauchen des Kopfes in Wassergefäßen.
- Erzwungene Aufnahme menschlicher Exkremente.
- Quetschungen und Prellungen insbesondere des Bauches, der Lendengegend und des Brustkorbes.
- Hautverbrennungen mit Zigarettenstummeln.
- Sexuelle Mißhandlungen der Frauen (Vergewaltigungen, Verletzungen der Brustwarzen, etc.).
- Psychischer Druck, wie Scheinerschießungen, bei denen Platzpatronen benutzt werden, oder Zwang zur Teilnahme bei der Folter anderer Gefangener etc.

Solidarität mit den chilenischen Gewerkschaftern

Von den Ärztekollegen, die noch im Gefängnis sind, wurde bisher nur wenigen der Prozess gemacht, der allerdings nichts mit Prozessen in zivilisierten Ländern gemein hat. Wir wollen nur zwei Fälle hervorheben:

Dr. Ernesto Luna Hoffer, ein Neurochirurg aus der Provinz Valdivia, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, wegen des "schweren Delikts", die chilenische Flagge als Zeichen der Trauer um den Tod des Kollegen Dr. Salvador Allende auf Halbmast gesetzt zu haben.

Dr. Natascha Carrión, Ärztin aus dem Ort Cunco, in der Provinz Cautin. Ihr Mann Dr. Eduardo Gonzales wurde erschossen. Sie selbst wurde zu drei Jahren Gefängnis mit anschließender Verbannung verurteilt. Sie kam hochschwanger in das Gefängnis und gebar dort ihr Kind.

Die Mehrzahl der gefangen gehaltenen Ärzte wurde bisher nicht verurteilt, unter ihnen viele, denen gegenüber nicht einmal konkrete Anschuldigungen erhoben wurden.

Eine unbestimmte Anzahl von Ärzten mußte das Land verlassen, weil sie arbeitslos waren und ihre persönliche Freiheit bedroht war. Z.B.: Prof. Dr. Alfonso Asenjo, Begründer des Instituts für Neurochirurgie und Gehirnuntersuchungen in Chile. Diese Kollegen, die sich jetzt verstreut in anderen Ländern aufhalten, haben alle das Problem, mit ihrem Status als Exilierte oder politische Flüchtlinge fertigzuwerden.

Diese Tatsachen bezeugen den traurigen Widerspruch, daß Chile einerseits in steigendem Maße seine Ärzte dringend braucht, andererseits sich ihrer beraubt sieht, da die Militärjunta sie umbringt, sie in Gefängnisse steckt oder sie aus dem Lande vertreibt.

Liebe Kollegen, dieses Dokument ist insbesondere an Sie gerichtet. Alle Ärzte der Welt, welcher Rasse, Nationalität, Religion, politischer Ideologie, Spezialisierung etc. auch immer sie angehören, haben etwas gemein. Wir alle haben uns entschieden, unsere Kenntnisse und unsere Kräfte zum Nutzen des Menschen einzusetzen. Daher fühlen wir uns miteinander verbunden und darum appellieren wir in diesem Moment.

In diesen Tagen wurden drei chilenische Ärzte zum Tode verurteilt. Es sind: Bautista van Schowen, Alejandro Romero und Patricio Cid.

IHRE LEBEN MÜSSEN GERETTET WERDEN!

Wir appellieren an die Solidarität der Ärzte und aller Menschen der Welt, sie sollen von der Militärjunta fordern:

- daß das Leben der Ärztekollegen geschont wird, die jetzt zum Tode verurteilt wurden;
- daß all jene Ärzte sofort ihre Freiheit zurück erhalten, die sich in den chilenischen Gefängnisse befinden, ohne daß es Anschuldigungen oder Urteile gegen sie gibt;
- daß all jene Ärzte das Land verlassen dürfen, die von Kriegsgerichten zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Wir bitten die Gesundheitsorganisationen der Welt und die Chile-Solidaritäts-Komitees, um größtmögliche Bemühungen, um den exilierten, geflohenen Ärzten aus Chile das Recht zu gewähren, in andere Länder einzureisen und ihnen die Möglichkeit zu geben, menschenwürdig zu leben und zu arbeiten.

Der 1. Mai stand, als er vom Pariser Kongreß der II. Internationalen vor 85 Jahren erstmalig beschlossen wurde und in den folgenden Jahren stets im Zeichen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse.

Der Landesbezirk Hessen des DGB hat diese ursprüngliche Bedeutung des Maifeiertages erkannt, indem er im März und April eine breite Solidaritätskampagne mit den verfolgten chilenischen Klassengenossen initiiert hat. In einer Unterschriftensammlung hat er die folgenden Forderungen erhoben:

- Schluß mit dem Terror gegen chilenische Gewerkschafter
- sofortige Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter und Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile
- sofortige Wiedezulassung des chilenischen Gewerkschaftsbundes "Central Unica de Trabajadores de Chile" (CUT) und Freigabe der beschlagnahmten Gewerkschaftseigentums.

Zur Unterstützung dieser Kampagne drucken wir Resolution und Erklärung des DGB Landesbezirks Hessen auf der folgenden Seite mit der Bitte ab, sich diesen Forderungen anzuschließen und die abgetrennte Seite unterschrieben bis zum 30.4.74 an den

▲ DGB Landesbezirk Hessen
6 Frankfurt/M.
Wilhelm-Leuschner-Str.69-77

zu schicken.

Das Ausmaß der Verfolgung der chilenischen Gewerkschafter und die Unterdrückung jeglicher ökonomischer, sozialer und politischer Rechte der chilenischen Arbeiter durch die Militärjunta wird deutlich, wenn die Situation der chilenischen Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Militärputsch gegenübergestellt wird.

Die chilenische Gewerkschaftsbewegung verfügt über eine Tradition von einem dreiviertel Jahrhundert. Mit der Errichtung der CUT, des zentralen Gewerkschaftsverbandes, am 12.2.53 erlangte die chilenische Gewerkschaftsbewegung ihre einheitliche organisatorische Struktur. Stets, besonders seit Gründung der CUT, war sie heftigen Angriffen durch die bürgerlichen Regierungen ausgesetzt, da sie sich durch sie mit einer starken Organisation unnachgiebigen Kampfes für die Rechte der Arbeiter konfrontiert sah. Unter der Regierung Allende hatten sich die Gewerkschaften weitgehende Rechte erkämpft, die, bezogen auf die Verhältnisse der europäischen Gewerkschaftsbewegung, teilweise als minimale ökonomische und soziale Errungenschaften angesehen werden müssen. Für wichtige Bereiche allerdings - so im Rahmen der Mitbestimmung in den sogenannten sozialisierten und gemischten Bereichen - waren die erkämpften Rechte von fortschrittlicherem Charakter. So wurden unter Allende erstmalig kollektive Lohnverhandlungen, freies Streikrecht und die Arbeitsgerichtsbarkeit zugestanden. Die Gewerkschaftsfunktionäre wurden zur Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten freigestellt, den Gewerkschaften wurde das Recht eingeräumt, eigene Zeitungen und Zeitschriften zu publizieren und ihre Stellungnahmen über die öffentlichen Massenmedien zu verbreiten. Wichtig waren die Abkommen mit der Regierung über Aus- und Weiterbildung der Arbeiter an den Universitäten und öffentlichen Erziehungseinrichtungen.

In Bezug auf die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben des sozialisierten und des gemischten Bereichs wurde durch ein Abkommen mit der Regierung Allende die NATIONALE EXEKTIVKOMMISSION für die Mitbestimmung der Arbeiter gegründet, in der die CUT den Vorsitz führte. Diese Kommission hatte die Arbeitermitbestimmung in verschiedenen Gremien und Organisationen anzuregen und zu kontrollieren, so in den Verwaltungsräten der Unternehmen des sozialisierten und gemischten Bereichs, in den kommunalen Bauernräten, der nationalen Planungsbehörde und in anderen wichtigen Organisationen.

Gewerkschaftspolitik der Junta

Die Gewerkschaftspolitik der Junta seit dem 11. September hat rein demagogischen Charakter. Die von ihren Sprechern stets wiederholten Behauptungen hinsichtlich ihrer Verantwortung gegenüber den Arbeitern und ihrer Respekts vor deren Errungenschaften und Rechten werden durch die Tatsachen eindeutig widerlegt.

Die Politik der Junta zielt in zwei Richtungen:

- a) die Gewerkschaftspolitik gemäß einem kooperativen Muster und
- b) die Schaffung klassenunabhängiger Institutionen.

a) Gewerkschaftspolitik gemäß einem kooperativen Muster

Durch Dekret vom 17.11.73 wurde die CUT für außergesetzlich erklärt, jede Art gewerkschaftlicher Aktivität verboten und andere Formen der Regulierung syndikalistischer Tätigkeiten geschaffen. Die gewerkschaftlichen Organisationen wurden aufgefordert, beim Arbeitsministerium vorstellig zu werden, wobei von diesem jeweils festgelegt wurde, ob die Abführung von Gewerkschaftsbeiträgen für die einzelnen Organisationen auf der Basis des Gewerkschaftsgesetzes von 1972 zurechenbar werden sollte. Der CUT und allen von der Junta nicht anerkannten Einzelgewerkschaften wurden die Beiträge vormalig verboten. Da ein Großteil der nationalen und regionalen Gewerkschaftsführer ermordet, verbannt, in Konzentrationslagern festgehalten oder entlassen waren, wie die Junta die Gouverneure und Intendanten zur Reorganisation der Gewerkschaftsführung an. Alle den Parteien der Ur anstehenden Gewerkschaftsführer sollten durch regimetreue, altgediente Arbeiter ersetzt werden. Somit wurde die gewerkschaftliche Führungsspitze in einen Altenrat transformiert, der sich den Anweisungen der Junta gegenüber konform verhält. Es ist festzuhalten, daß diese Reorganisation in dem Augenblick begann, in dem die ersten Forderungen ausländischer Gewerkschaften nach Beobachterdelegationen zur Untersuchung der Situation der chilenischen Gewerkschaften nach dem Putsch erhoben wurden.

Versammlungen werden nur nach vorheriger Genehmigung durch die lokalen Militärbehörden zugelassen. Im Falle der Erlaubnis finden sie unter der Aufsicht eines Vertreters der Streitkräfte oder der Polizei statt, wodurch die Einhaltung der Vorschriften des Innenministers über gewerkschaftliche Aktivitäten gewährleistet werden soll. In erster Linie ist es verboten, "politische Themen" zu diskutieren, d.h. Themen, die der Junta widersprechende Ansichten zum Ausdruck bringen könnten. Darüberhinaus ist es durch ein Militärdekret untersagt, ökonomische Forderungen zu erheben.

b) Die Schaffung klassenunabhängiger Institutionen

Im Prinzip hatte die Junta vorgesehen, die Gewerkschaften in ständische Organisationen nach Art der Nationalen Konföderation der Transportunternehmer umzuwandeln. Dabei zielte sie auf die Zusammenfassung von Unter-

CHILE - INITIATIVE HESSISCHER GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRE

Verantwortlich:

Armin Clauss, Vorsitzender d. DGB-Landesbezirks Hessen
 Jochen Richert, Hans Frank, stellv. Vors. DGB-LBZ Hessen

Bezirksleiter der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften im DGB-LBZ-Hessen DGB-Kreisvorsitzende im DGB-Landesbezirk Hessen

H.Kaiser BSE, T.Burtom B.u.E., E.Schäfer CPK, M.Melzer Drupa, G.Pohl GdED, L.Ludwig GEW, G.Lappas GLF, W.Katzer HBV, H.Kynast H.u.K., O.Dangel Kunst, E.Neubauer Leder, H.Wolf TV, H.Pleitgen IGM, E.Hermann NGG, Q.Roland DPG, F.Kaiser Textil	W.Reiss, F.Link, A.Peressin, S.Sigulla, E.Wilhelm, G.Ziegler, F.Stoll, M.Günther, H.Kunze, G.Jung, F.Krönung, O.Gnass, W.Preckel, W.Bauss, D.Hooge, DGB-Landesjugendsekretär
---	--

Anschrift:

DGB-Landesbezirk Hessen, 6 Frankfurt/M., Wilh.-Leuschner-Str. 69/77
 Tel: 0611/230861

Solidarität mit verfolgten chilenischen Gewerkschaftern

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach dem Militärputsch in Chile am 11.9.1973 werden bis heute in immer stärkerem Maße auch Kolleginnen und Kollegen des Gewerkschaftsbundes "Central Unica de Trabajadores de Chile" (CUT), eine der Stützen der Unidad Popular, verfolgt, ermordet, gefoltert und unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten. Bisher wurden über tausend Gewerkschaftsfunktionäre ermordet.

Über 100 000 Gewerkschaftsmitglieder verloren nach dem Putsch ihren Arbeitsplatz. Die soziale und wirtschaftliche Situation der arbeitenden Menschen in Chile ist katastrophal.

Da die Militärs in der Bevölkerung keinen Rückhalt haben, und der Widerstand zunimmt, wird der Terror ständig verstärkt.

Unsere in Chile verfolgten Kolleginnen und Kollegen brauchen unsere Solidarität.

Deshalb fordern wir ehren- und hauptamtliche Funktionäre des DGB und der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften auf, folgende Forderungen an die Militär-Junta in Chile durch ihre Unterschrift zu unterstützen:

- SCHLUSS MIT DEM TERROR GEGEN CHILENISCHE GEWERKSCHAFTER
- SOFORTIGE FREILASSUNG ALLER INHAFTIERTEN GEWERKSCHAFTER UND FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN CHILE
- SOFORTIGE WIEDERZULASSUNG DES CUT UND FREIGABE DES BESCHLAGNAMTEN GEWERKSCHAFTSEIGENTUMS

Name/Anschrift	Gew./Funktion	Unterschrift
.....
.....
.....
.....

Eine wachsende Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern ist arbeitslos, und die, die noch Arbeit haben, sehen sich zusehens mit Lohnkürzungen und Inflation als Folge der sinkenden Kaufkraft konfrontiert.

Die Confederación del Docente ist von der Junta nur deshalb anerkannt worden, weil ihr Status konstitutionell im sogenannten Estatuto de los Trabajadores del Libro verankert ist. Dennoch hat sich die Lage der Arbeiter in dem Lande verschlechtert, in dem sie ihre Erwerbschaften einbüßen. So ist z.B. in Chuquibambilla die monatliche Anleiheung des Familieneinkommens an die steigenden Lebenshaltungskosten abgeschafft worden, die Erstattung der Kosten für öffentliche Verkehrsmittel für die Arbeiter aus Talama ist um 100% auf nur 40% herabgesetzt und schließlich ist die Arbeitszeit willkürlich von acht auf zwölf Stunden heraufgesetzt worden. Spontane Arbeitsniederlegungen aus Protest gegen diese Maßnahmen waren jedoch erfolgreich und führten zu ihrer Aufhebung. Dennoch drohten die Militärs den Gewerkschaftsfunktionären, daß sie die Rollen zu verantworten hätten, falls diese Situationen wiederholten.

Die Federación Nacional Agraria wird von der Junta nicht anerkannt; ihre führenden Mitglieder werden verfolgt. Die Gewerkschaft arbeitet praktisch im Untergrund. Der Prozentsatz der entlassenen Arbeiter ist der höchste in der Geschichte der Organisation.

Die Federación Nacional Minera, der die Arbeiter der mittleren und kleineren Bergwerke, ist ebenfalls von der Junta nicht anerkannt. Diese versucht vielmehr mit dem Dekret vom 27. September, die Gewerkschaft wirtschaftlich zu ruinieren. Dieses Dekret verbietet die Weiterzahlung der Beiträge, die vor dem 11. September vereinbart worden waren und die den Zinn-, Kohle-, Silbner-, und Kupferarbeitern vom Lohn abgezogen wurden. Ohne diese Unterstützung können die Funktionäre praktisch nicht arbeiten.

Auch die Kohlen-Gewerkschaft - in die Illegalität getrieben - bekommt nicht mehr ihre früheren Beiträge, so daß ihre Funktionsfähigkeit ernsthaft gefährdet ist. Sehr viele Gewerkschaftsmitglieder sind verhaftet. Der nationale Funktionär, Segundo Ranco Menifil, wurde am 17.1.74 aus dem Gewerkschaftsbüro verschleppt und später ermordet. Am 23.1. erhielt man die Aufforderung, seinen Leichnam im Leichenschauhaus zu identifizieren.

Die Federación Nacional de Trabajadores de la Construcción wird vom Lande nicht anerkannt - wieder mit der Begründung, sie werde von Vertretern der Linken geleitet.

Die Federación Nacional Industrial Ferroviaria wird von der Junta anerkannt, ihre Führungskader sind Christdemokraten. Dennoch erhält sie ihre Beiträge nicht, weil sie in dem Gewerkschaftsnetz von 1972 ausdrücklich erwähnt wird. Zwar ist der Prozentsatz der Entlassungen hier relativ niedrig, jedoch sind viele Funktionäre verhaftet und erschossen worden.

Die Federación Nacional de Trabajadores de la Salud wurde von fünfzehn Funktionären gegründet, von denen elf der Linken und vier den Christdemokraten angehörten. Gleich zu Beginn desputsches wurden die Funktionäre der Linken verhaftet und ins Nationalstadion verschleppt, wo man sie mehr als zwei Monate festhielt. Nach ihrer Freilassung wurden sie entlassen und sämtliche Funktionen entzogen. Begründung: Sie hätten ihre Arbeit vernachlässigt, und im übrigen wurden sie von den christdemokratischen

Funktionären, die während ihrer Gefangenschaft die Gewerkschaft reorganisiert hatten, der Veruntreuung von Geldern und der ineffektiven Führung der Gewerkschaft beschuldigt. In dieser "reorganisierten" Form wurde die Gewerkschaft von der Junta anerkannt.

Im Pressesektor haben die Entlassungen ein nie gekanntes Ausmaß erreicht.

Sämtliche Zeitungen und Zeitschriften der Linken sind verboten: Clarín, Furo Chile, El Siglo, La Última Hora, Punto Final, Chile Hoy, Onda, Paloma. Ihre Belegschaften sitzen auf der Straße. Die bekanntesten Journalisten der Linken sind verhaftet, geflohen oder erschossen. Verhaftet sind z.B.: Manuel Cabezas, Alberto Gamboa, José Gómez López, Sergio Gutierrez, Oscar Weiss u.a. Getötet wurden: Augusto Olivares und Carlos Berger, Direktor der Zeitschrift Ramona. Selbst Vertreter der Rechten blieben nicht verschont, so z.B. Amanda Ruiz von der Zeitschrift Paula, eine militante Vertreterin der Christdemokraten und ihr Mann, Redakteur beim Mercurio. Beide sind heute exiliert.



Befehlen und gehorchen

Zu den Schulprogrammen der Junta

Die Ziele

Zum Schuljahrsbeginn im März beschrieb eine chilenische Provinzzeitung die Spielregeln, die von nun an in den Schulen zu gelten hätten: „Der Lehrer unterrichtet, der Schüler lernt“, wurde aber, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, was das unter der Militärdiktatur zu bedeuten habe, noch deutlicher: „Der Lehrer befiehlt, und der Schüler gehorcht“. Damit ist, was die methodische Seite angeht, der "neue Geist", der in Chiles Schulen nach dem Willen der Junta jetzt herrschen soll, präzise bezeichnet. Genau besehen ist dieser neue Geist freilich von vorgestern - und weder die im MERCURIO veröffentlichten Programme noch die Kommentare lassen Zweifel daran, daß man hinter die Frei'sche Schulreform zurückgehen will, und zwar methodisch wie inhaltlich.

Anzumerken ist dabei, daß in den drei Jahren UP-Regierung keine Schulreform durchgeführt wurde, das vor einem Jahr, im März/April 73 lancierte Projekt der ENU, einer polytechnischen Einheitsschule, stieß sofort auf den erbitterten Widerstand der gesamten Rechten, aber auch auf Kritik innerhalb der Linken und wurde relativ schnell fallengelassen.

In den neuen Programmen lassen sich vier Hauptziele deutlich erkennen:

- 1) verschärfter Leistungsdruck
- 2) verstärkte formale Disziplinierung der Schüler
- 3) Betonung der "patriotischen Bildungsinhalte"
- 4) Tilgen sämtlicher Ansätze, gesellschaftliche Widersprüche im Unterricht zu behandeln.

Die Maßnahmen

1. Formale Disziplinierung

Um den Leistungsdruck zu verschärfen, wurde die Versetzungsordnung verändert, d.h. die Notenbarriere wurde angehoben. Gleichzeitig wurde auf eine in der Frei'schen Reform abgeschaffte Prüfung zurückgegriffen: von einer schriftlichen Prüfung am Schuljahrsende in jedem Fach, in der das Jahresprogramm abgefragt wird, hängt ein Drittel der Gesamtnote ab (die anderen beiden Drittel ergeben sich aus den Halbjahrsnoten). Außerdem wurde der Prozentsatz der Anwesenheitspflicht angehoben - wenn ein Schüler mehr als 20% (bisher 30%) der Unterrichtszeit versäumt, kann ihm deshalb die Versetzung verweigert werden. Das vorgegebene Ziel dieser Maßnahmen: das in den vergangenen Jahren Versäumte müsse jetzt aufgeholt werden. Die Konsequenzen sind leicht vorauszusehen. Der verschärfte Leistungsdruck trifft natürlich am härtesten die Schüler aus den sozial schwachen Schichten - und wenn auch die UP-Regierung den Klassencharakter des chilenischen Schulsystems (von dem ca. 30% Privatschulen sind) nicht ernsthaft angegriffen hat, so bedeuten die jetzigen Maßnahmen auf alle Fälle eine Verhärtung dieser Strukturen.

In die gleiche Richtung zielt eine andere Neuerung - die statt des deutschen Abiturs existierende zentrale Aufnahmeprüfung für die Universitäten wurde vom Ende des 12. auf das Ende des 11. Schuljahres vorgezogen - mit der Begründung, die Schüler

hätten dann die Möglichkeit, sich (je nach dem Ausfall der Prüfung) im letzten Schuljahr auf die Universität oder die Arbeitswelt vorzubereiten.

Tatsächlich dürfte die Maßnahme aber dahin wirken, daß Schüler mit zu niedriger Punktzahl vorzeitig abgehen, die Klassen im letzten Jahr also "für die wirklich Begabten" entlastet werden. Sofern nicht, was theoretisch denkbar wäre, Parallelklassen mit unterschiedlichem Programm für das Abschlußjahr eingerichtet werden. Aber die ökonomischen Zwänge dürften das Ihrige schon erreicht haben, d.h. Schülern aus ökonomisch schwachen Schichten das Motiv für längeren Schulbesuch zu nehmen. (Zur Illustration: weil die Lebenskosten so enorm über die Löhne und Gehälter hinaus gestiegen sind, sah sich die Junta gezwungen, den Schuluniformzwang für dieses Jahr aufzuheben.) Nicht abzusehen ist freilich, wie die Junta das Arbeitslosenproblem Anfang 1975 lösen wird, wenn zu den "normalen" die vorzeitigen Abgänger des 11. Schuljahres kommen.

2. Patriotische Aufrüstung

Die inhaltlichen Veränderungen in den Programmen bedeuten vor allem einen Rückgriff in die vaterländische Mottenkiste und eine Säuberung von allem, was eine "conscientización" (etwa "Bewußtwerden") bewirken könnte.

a) Gesellschaftskunde

Das Fach ist vor allem als vaterländische Geschichte konzipiert. Hauptthemen für die ersten vier Grundschuljahre: die Symbolwerte der Landesfahne, des Landeswappens ("Mit Vernunft oder Stärke") und der Nationalhymne. Ein jüngstes Dekret der Militärs besteht übrigens darauf, daß die bisher vernachlässigte dritte Strophe, die das Militär feiert, in den Schulen gehörig geübt wird. Dazu Biographien von Gestalten aus der vaterländischen Geschichte. Vorgesehen sind außerdem eigene "vaterländische Wochen", in denen sich das gesamte Programm der Grundschulen auf das jeweilige Thema konzentriert.

Kommt es während der Grundschuljahre zunächst darauf an, die Kinder patriotisch zu impfen, muß im Fortgang versucht werden, jeden Ansatz zu tilgen, der die chilenische Geschichte als eine Auseinandersetzung von Klassen erscheinen lassen könnte.

So taucht im Programm des 10. Schuljahres nur einmal, wohl versehentlich, der Begriff "Mittelklasse" auf und steht dem "Arbeiterelement" gegenüber - wobei daran zu erinnern ist, daß ein Begriff wie "Klasse" bis zum Putsch auch von der bürgerlichen Presse Chiles viel ungenierter verwendet wurde als etwa von der bundesdeutschen.

Das eigentliche "Kunststück" besteht jedoch darin, bei der Betrachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Chile, deren soziale Bedingungen zu verschleiern und durch geographische Faktoren zu erklären. So heißt die entsprechende Einheit für das 11. Schuljahr "Die Reaktion des Volkes auf sein geographisches Medium", was zu so grotesken Konstellationen führt, daß nicht einmal die Minenarbeiter als Einheit gesehen werden, sondern das Verständnis ihrer Lage jeweils an ihrer geographischen Umgebung festgemacht werden soll (Großer Norden gegenüber Zentralzone). Die chilenische Arbeiterklasse soll für das Verständnis der Schüler aufgeteilt werden in eine Welt der Bauern,

Schäfer und Fischer, in der, am Rande, irgendwo auch Industriearbeiter auftauchen, die einzelnen Gruppen jeweils mit ihren "Lebensformen, Legenden und Traditionen".

"Dieses Programm beabsichtigt in diesem Zusammenhang das Handeln sowohl des Lehrers als auch des Schülers zu verpflichten, indem einige vernachlässigte Werte unserer historisch-geographischen Realität wieder aktualisiert werden; es handelt sich letzten Endes darum, daß die Jugend sich ihrer Verantwortung in der nationalen Aufgabe im Hinblick auf ein besseres Geschick des Landes bewußt wird. Es ist auch beabsichtigt, unserer Geschichte und Geographie die Stellung zu geben, die sie bis zum jetzigen Augenblick verloren haben und die in den letzten Jahren tendenziös entkräftet wurden, was einen Mangel an Selbstachtung und Respekt gegenüber dem Menschen als Individuum bewirkte und in gehässigen Antagonismen mündete." (MERCURIO, 11.3.74)

b) Wirtschaftkunde

Das Fach Wirtschaftskunde (11. Schuljahr) dagegen ist völlig in den Dienst der "freien Marktwirtschaft" gestellt, die sich nicht einmal das Feigenblatt "sozial" umhängt. Die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft sollen die Schüler bei einem Besuch auf dem Wochenmarkt erkennen.

c) Spanisch und Philosophie

Was sich in den Fächern Gesellschafts- und Wirtschaftskunde am deutlichsten zeigt, findet in Spanisch und Philosophie seine Entsprechung.

Der zweijährige Philosophiekurs besteht wie je aus einer eher formalen Vermittlung philosophischer Grundbegriffe und bringt - außer Psychologie - Natur- und Moralphilosophie, Die Philosophiegeschichte reicht bis in die Anfänge der Neuzeit - sie hört bei Leibniz auf.

Der Spanisch-Unterricht (im 7. und 8. Schuljahr) pflegt außer dem Sagen der alten Griechen und Römer und phantastischen Erzählungen von Autoren der Jahrhundertwende, vor allem Erzählgut aus dem patriotischen Schatzkammerchen - von allen anderen Erwägungen abgesehen, keinesweg jugendgerechte Lektüre. Die wenigen zeitgenössischen Autoren, die zur Wahl stehen, zeichnen sich durch ihren Hang zur Wirklichkeitsflucht aus. Unter diesen Umständen wirkt es fast sensationell, daß auch Pablo Neruda in dem Kanon auftaucht. Damit aber keine Panne unterläuft, sind im Gegensatz zu anderen Lyrikern seine erlaubten Gedichte genau ausgewählt - natürlich unpolitische.

Selbstverständlich erheben diese Programme den Anspruch, absolut "unpolitisch" zu sein. Angesichts des reaktionären Miefs der pure Zynismus.

DIE CHILENISCHE LINKE SPRICHT

Interview mit Miguel Enriquez, MIR

F.: Was ist die Reaktion des MIR auf die Anschuldigungen - hauptsächlich der Kommunistischen Partei - in Bezug auf seine Verantwortung am Sturz der Unidad Popular? Diese Anschuldigung wurde auch von der bürgerlichen "demokratischen" Presse in Europa erhoben.

M.E.: In Wirklichkeit kommen diese Anschuldigungen hauptsächlich von zwei Sektoren: vom Reformismus der Linken und aus dem bürgerlichen Lager. Wir wissen, daß einige Persönlichkeiten von den kommunistischen Parteien Europas es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Behauptung zu verbreiten, daß der Sturz der Regierung der Unidad Popular seine Ursachen gehabt habe in der "Ungeduld", dem "ultraizquierdismo" (dem Linkssektierertum) und der "Übereilung" des MIR. Auf diese Weise versuchen sie historisch den Reformismus und seine Politik des Scheiterns in Chile zu rechtfertigen mit dem Ziel, dasselbe in anderen Ländern zu versuchen. Die Anschuldigungen haben zur Grundlage das Scheitern der Unidad Popular, keine Allianz mit der Christdemokratischen Partei in Chile erreicht haben zu können. Wir werden so kurz wie möglich antworten - angesichts des Umfangs des Themas.

Die Regierung der Unidad Popular war eine kleinbürgerliche Regierung der Linken, deren Achse sich in der Allianz des Arbeiterreformismus mit dem kleinbürgerlichen Reformismus bildete.

Die Politik, die sie im Verlauf von drei Jahren entwickelte, war reformistisch und kennzeichnete sich durch ihre Unterwerfung unter die bürgerliche Ordnung und durch den Versuch eines Projektes der Zusammenarbeit zwischen den Klassen.

Der Reformismus wußte den Charakter der Amtszeit seiner Regierung nicht einzuschätzen, da es ihm unmöglich war, sein Projekt der Zusammenarbeit zwischen den Klassen erfolgreich zu entwickeln. Das System der kapitalistischen Herrschaft war in Krise geraten. Die Bewegung der Massen, deren Mobilisierungen und Aktivität sich nach 1967 steigerte, war mit dem Regierungsantritt der UP zu einem explosiven Höhepunkt gekommen. In dem Verlauf dieser drei Jahre hatte sie ihre Mobilisierung vervielfacht, ihre Organisations- und Bewußtseinsebene viel weiter überall das hinausentwickelt, was Chile jemals vorher erlebt hatte.

Zum selben Zeitpunkt und zum Teil als Ergebnis dieser Mobilisierung vertiefte sich weiterhin die Krise innerhalb der bürgerlichen Parteien. Das war es, was den Reformismus verwirrte - in der Erkenntnis, daß der innerbürgerliche Kampf immer schärfer wurde, wollte er eine Allianz mit einer der bürgerlichen Parteien besiegeln.

Er begriff nicht, daß - wenn auch der innerbürgerliche Kampf sich verstärkte - die bürgerlichen Fraktionen von Anfang an bemerkten, daß das Anwachsen der Massenbewegung durch ihren Charakter viel weiter ging als die einfachen Reformen, die die UP geplant hatte, und die das System der bestehenden kapitalistischen Herrschaft bedrohte. Die Gesamtheit der herrschenden Klasse ergriff von Anfang an ihre eigene Verteidigung und den Kampf, der auf den Sturz der Regierung der Unidad Popular abzielte. Die Zunahme und Polarisierung des Klassenkampfes verschloß historisch gesehen jede Möglichkeit des Erfolges für ihr Projekt der Klassenzusammenarbeit. Auf dem Hintergrund dieses illusorischen Projektes der Klassenzusammenarbeit betrieb die UP - in der Illusion, die Macht er-

obert zu haben - eine Wirtschaftspolitik, die grundsätzlich auf den Konsum und nicht auf das Eigentum an den Produktionsmitteln abzielte. Die drastische Einkommensumverteilung ließ den Konsum ansteigen; daraufhin stieg die Produktion auf der Basis der Nutzung der vorhandenen Kapazität die sich Mitte 1972 erschöpfte.

Die Unidad Popular richtete ihre Politik auch aus auf die Produktionsmittel, aber in beschränktem Umfang: Sie nationalisierte den großen Kupferbergbau und das Bankwesen und beabsichtigte, in den verstaatlichten Sektor nur 91 große Industriebetriebe einzubeziehen - deren Zahl in Wirklichkeit zwischen 500 und 800 lagen -, wobei sie ausdrücklich die großen Baubetriebe und Verteilungsbetriebe ausließ. Auf dem Lande beschränkte sie sich während des Jahres 1971 auf die Enteignung von etwas mehr als 1.000 Landgütern (die später auf 1.500 anstiegen) mit einer Bewässerungsfläche von über 80 ha, wobei die Großgrundbesitzer ein Recht auf eine Reserve von 40 ha behielten, die sie unter den besten Bodenqualitäten auswählen konnten. Auf der anderen Seite war es auf diese Weise ausdrücklich möglich, die großen landwirtschaftlichen Betriebe zu vergessen, die eine Größe zwischen 40 und 80 ha haben und die 1973 etwa 50 % der gesamten Agrarproduktion Chiles produzierten. Ihre Zahl erhöhte sich von 4.500 im Jahre 1970 auf 9.000 im Jahre 1973.

Auf der politischen Ebene drückte sich ihr Projekt der Zusammenarbeit zwischen den Klassen nicht nur in ihrer Unterwerfung unter die bürgerlichen Institutionen aus, sondern auch in ihrer Legalität den Massen gegenüber - und zwar in den Momenten, in denen die herrschende Klasse, von der Legalität begünstigt, die mächtigen Institutionen des Staatsapparates kontrollierte: das Parlament, die rechtssprechende Gewalt, den Rechnungshof, die Mehrheit im Offizierskorps der Streitkräfte, usw., von denen aus sie in Wirklichkeit Chile regierte.

Alle diese Konzessionen und Unschlüssigkeiten blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Massenbewegung, die die einzig mögliche Quelle für die reale Macht der Regierung war. Alle diese Konzessionen: die Großunternehmen zu vergessen, den Nordamerikanern die Zahlung der Auslandsschulden zu versprechen, die hohen Offiziere der Streitkräfte zu legitimieren usw., stärkten die herrschende Klasse, die es mit Unterstützung durch die Blockierung des nordamerikanischen Kredits erreichte, in ihren Händen dank dieser Konzessionen ein großes Ausmaß von Macht und Reichtum zu bewahren, die sie ohne Zögern und voller Wut gegen die Regierung, die Arbeiterklasse und das Volk einsetzte. Sie sabotierte die Produktion von den Unternehmen aus, die sie in ihrer Hand behielt, sie hortete, spekulierte, schaffte den Schwarzmarkt und unterstützte die Inflation, verschärfte den militärischen Druck, usw.

Außerdem wurden alle diese Konzessionen auf eine Weise gemacht, in der sie die Interessen der Volksteile verletzen und mit Füßen traten. Während man die Großunternehmen in Industrie, Landwirtschaft, Bauwesen, Verteilung usw. unberührt ließ, schnitt man dem Kampf der Arbeiter den Weg ab, indem man die direkte Mobilisierung der Arbeiterklasse nicht unterstützte, sondern sie sogar bekämpfte, indem man repressive Aktionen gegen sie durchführte. Ebenso machte man jede politische Arbeit im Innern der Streitkräfte unmöglich. Während dieses die Linke teilte, spaltete und verwirrte es die Arbeiter, die die Regierung als ein Instrument für ihre Kämpfe ansahen.

Auf politischem Gebiet begünstigte der Reformismus den parlamentarischen Weg und die gescheiterten Versuche einer Allianz mit der christdemokratischen Partei. Außerdem stützte der Reformismus sich nicht auf die Massen, sobald diese Allianz scheiterte, sondern er flüchtete sich in den Staatsapparat, indem er zivil-militärische Regierungen bildete und so im

Innern des Staates das Gewicht der Institutionen und besonders der reaktionären hohen Offiziere der Streitkräfte vergrößerte.

In seine Zögerungen verstrickt, mußte der Reformismus dem Druck der Massenbewegung jedoch nachgeben. Die breite Basis an Unterstützung durch das Volk und der massive und entschiedene Charakter der direkten Mobilisierungen des Volkes zwangen die Regierung, die Kontrolle über mehr als 300 Großunternehmen zu übernehmen, zerstörte die Kraft der Agrarbourgeoisie durch die Besetzungen der Landgüter zwischen 40 und 80 ha, und führte zur Besetzung von zahlreicher Unternehmen im Bauwesen, im Weinbau und einigen Verteilungsfirmen. Aber diese Konzessionen des Reformismus an die Arbeiter, die zuerst bekämpft und später zurückgenommen wurden (Vertreibung der Bauern von den Landgütern, Vertreibung der Arbeiter aus den Fabriken, zsw.) waren beschränkt und ungeordnet. Auf diese Weise gab die Regierung zuerst dem Druck der Massenbewegung nach, um ihr hinterher die Unterstützung zu verweigern und sie ihrem Schicksal zu überlassen, was die Massen spaltete, zerstreute und verwirrte.

Dennoch rief die Legitimierung dieser Errungenschaften der Massenbewegung durch die Regierung die Wut der herrschenden Klasse hervor. So kam es, daß die Regierung sich der bürgerlichen Ordnung unterwarf; und indem sie eine Allianz mit einer bürgerlichen Reaktion zu schließen versuchte, machte sie jede Art von Konzessionen an die Institutionen und an die herrschende Klasse und verletzte auf diese Weise die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, indem sie Verwirrung stiftete. Die herrschende Klasse verlor niemals den revolutionären und antikapitalistischen Charakter aus den Augen, den die Massenbewegung angenommen hatte. Sie wütete von Anfang an gegen die Regierung trotz aller Versprechungen und Begrenzungen, die das reformistische Projekt ihnen anbot.

Auf diese Weise hatte die Regierung der Unidad Popular nicht die Stärke, die ihr eine Allianz mit einer bürgerlichen Fraktion gegeben hätte; sie verstärkte die herrschende Klasse, schwächte und zerstreute ihre wirkliche Machtquelle: die Massenbewegung.

Diese Probleme wurden noch vervielfältigt nach dem gescheiterten Versuch eines Staatsstrechs vom 29. Juni und der folgenden Drohung eines Putsches. Die Regierung ergriff keine Maßnahmen gegen die wirklichen Verschwörer, wechselte die obersten Offiziere nicht aus und verhaftete diejenigen nicht, die direkt verwickelt waren.

Die Massenbewegung unter Führung der Arbeiterklasse entwickelte einen hohen Grad von Organisation und Bewußtsein. Sie besetzte Hunderte von Fabriken, sie organisierte sich in cordones industriales (ähnlich den Arbeiter-Räten) und in comandos comunales, die die Arbeiter, Bauern, Bewohner der Elendsviertel und Studenten neu formierten; sie erreichte es sogar, auf massive Weise materielle und organische Formen der Selbstverteidigung zu entwickeln.

Die herrschende Klasse benutzte eine doppelte Taktik: auf der einen Seite verstärkte sie ihre Offensive durch den Ausstand der Führernehmer, durch Attentate, durch Ministeranklagen im Parlament, durch die Blockierung des Rechnungshofes und durch die Erklärungen der Präsidenten des Senats und der Abgeordnetenversammlung, auf der anderen Seite ließ sie es zu, daß eine Minderheit der christdemokratischen Partei - gutwillig aber ohne Macht - einen Dialog mit der Regierung eröffnete, in dem sie zuerst Konzessionen, danach eine Übereinstimmung, später die Kapitulation und am Schluß den Rücktritt forderte.

Mit der Illusion dieses Dialoges leitete die Regierung ihre Kapitulation

ein und entschied über ihr Schicksal noch im Verlauf dieser Woche: sie bildete das 'Kabinett des Dialogs', im Anschluß daran ein Kabinett unter Beteiligung von Militärs. Sie unterdrückte die Arbeiterbewegung, indem sie Dutzende von Industriebetrieben, die kurz zuvor von den Arbeitern besetzt worden waren, an ihre ehemaligen Herren zurückgab. Sie bekämpfte die Volksmacht, die 'Cordones' (Industriegürtel) und 'comandos' (Kommandos), ließ an verschiedenen Orten Unterdrückungsmaßnahmen zu: daß Arbeiter aus den von ihnen besetzten Industriebetrieben zwangsweise vertrieben, andere Arbeiter aus einigen Cordones und Elendsvierteln auf der Straße festgenommen wurden. Sie wütete gegen die Revolutionäre Linke, die sie der Subversion beschuldigte und ließ zu, daß das Militär Dutzende von Durchsuchungen nach Waffen in Fabriken und auf Landgütern vornahm. Bei einigen dieser Durchsuchungen wurden Arbeiter und Bauern brutal gefoltert, wie in den Füllen von Nehuentfe; in der Provinz Cautin, und der Fabrik Sumar in Santiago. Es wurden gesetzliche Maßnahmen eingeleitet gegen die Matrosen der Marine, die die Selbstverteidigung vorbereiteten für den Fall eines Militärputsches; damit leistete die Regierung den brutalen Polterungen Unterstützung, die die Offiziere der Marine an den Matrosen verübten. Sie ließ gleichfalls zu, daß der Staatsanwalt der Marine gegen die drei Generalsekretäre der Sozialistischen Partei - PS -, der Bewegung der Revolutionären Linken - MIR - und der Einheitlichen Volksbewegung - MAPU - Anklage erhob.

Mit diesen Maßnahmen verstärkte die Regierung die Offensive der herrschenden Klasse und des reaktionären hohen Offizierskorps; sie entmutigte, verwirrte und demobilisierte die putschfeindlichen Teile der Mannschaften der Streikkräfte, bewirkte die Teilung der Linken und öffnete den Weg zum Putsch.

Dies ist die Verantwortung der reformistischen Politik; und dies ist eine Tatsache, die viele versucht haben zu verschweigen oder zu verschleiern. Viele dieser reformistischen Kader und Parteimitglieder haben später heldenhaft gegen die Diktatur gekämpft; andere haben sich asyliert; der Rest befindet sich heute in Chile im Widerstand gegen die Unterdrückung der Gorillas.

Während der letzten drei Jahre haben wir die Arbeiter und die Linke vor der Katastrophe gewarnt, in die sie die reformistische Politik stürzen würde. Und wir haben vor den Massen und als Partei alles getan, was wir konnten, um die Katastrophe zu verhindern.

Die Massen waren nicht "linksradikal" als sie die Mobilisierung zur Verteidigung ihrer Interessen vervielfältigten; sie sind fortgeschritten auf dem einzigen Wege, den ihnen die Geschichte bot, nachdem sie die Unidad Popular zur Regierung gewählt hatten. Es waren nicht die Massen, die die Allianz zwischen der Unidad Popular und der Christdemokratie verhindert haben, sondern der Klassenkampf in einem unterentwickelten und abhängigen Land, wie es Chile ist.

Die Arbeiterklasse und das Volk können in dem Maße sich nur zur gesellschaftlichen Macht entwickeln - wie sie es waren, als sie die Unidad Popular zur Regierung wählten -, indem sie als Klasse ihre Interessen verwirklichten. In einem kapitalistischen Chile kann dies objektiv nicht erreicht werden und wird nicht erreicht werden können, ohne die Interessen der herrschenden Klasse anzugreifen, deren eine Fraktion - mit der Christdemokratischen Partei als politischer Repräsentant - dies auch verstand.

Die herrschende Klasse verteidigte von Anfang an das kapitalistische System, bekämpfte die Fortschritte der Arbeiter und zielte auf die Zerstörung dessen, was die Arbeiter geschaffen hatten: die Regierung der Unidad Popular.

Die Massen haben sich in ihrem Vormarsch nicht getäuscht, wie die Geschichte sich nicht täuscht, noch ist die Christdemokratische Partei eine bürgerliche Partei - von der "extremen Linken" abgeschreckt worden. Was Chile in die Katastrophe der Gorillas gestürzt hat, die wir heute erleben, war die reformistische Politik, die systematisch die gesellschaftliche Kraft zurückdrängte, entmutigte und am Ende zerstörte die sie an die Regierung gebracht hatte, die grundlegende Basis ihrer Macht; die Arbeiterklasse und das Volk.

Wir waren weder "ungeduldig" noch "linksextrem"; wir haben den historischen Vormarsch der Arbeiter gegen die herrschende Klasse und das kapitalistische System gemäß unseren Kräften geleitet - in den Fabriken, auf den Landgütern, in den Schulen und Universitäten, und in den Quartieren. Aber wir waren nicht in der Lage, dem Reformismus die Führung der Massen zu entreißen. Dies war unsere Schwäche und unser Fehler, kein anderer.

Wir bleiben heute in Chile, um die Massen zu reorganisieren; wir bemühen uns um die Einheit der Linken und aller Sektoren, die bereit sind, gegen die Diktatur der Gorillas zu kämpfen; wir bereiten einen lagen revolutionären Krieg vor, der zum Sturz der Diktatur der Gorillas führen wird, um dann die Macht für die Arbeiter zu erobern und eine Regierung der Arbeiter und Bauern zu errichten.

Dies ist nicht die zentrale Polemik heute in Chile. Unser Ziel ist, die Einheit der gesamten Linken zu erreichen. Aber das, was in Chile geschehen ist, ist eine Lehre für alle Völker der Welt. Selten ist die von der reformistischen Politik hervorgerufene Katastrophe so offenbar gewesen. Die Angriffe, die einige Personen und Parteien in Europa gegen uns richten, verpflichten uns, zu antworten, damit die Wahrheit sich gegenüber der Entstellung der Tatsachen durchsetzt.

F.: Bedeuten diese Anschuldigungen die Absicht, den Wunsch, den MIR von der übrigen Linken zu isolieren? Welches ist die Position des MIR in Bezug auf eine Annäherung an die Sozialistische Partei (PS), die Kommunistische Partei (PC), die Einheitliche Volksbewegung (MAPU), die Linkschristen (IC), etc. auf der Ebene der Parteileitungen?

M.E.: Ich glaube, daß wir das schon erklärt haben. Grundsätzlich ist der Sinn dieser Anschuldigungen der, die geschichtliche Verantwortung des Reformismus zu verhehlen, seine Niederlage in Chile zu verweisen und zu versuchen, von neuem die Politik des Reformismus anderswo anzuwenden. Wir antworten, um die Wirklichkeit der Tatsachen klärend darzustellen, da eine Verdrehung des Geschehenen die Völker der Welt an der Möglichkeit hindert, die Lehren aus der chilenischen Erfahrung zu ziehen, die in Chile begangenen Fehler zu vermeiden.

Weder der Sozialismus noch die revolutionäre Politik sind in Chile gescheitert, sondern ein schwacher und illusorischer reformistischer Versuch.

Es ist notwendig, daß der Reformismus seine geschichtliche Verantwortung übernimmt und nicht länger nach Entschuldigungen bei den Revolutionären sucht. Zur selben Zeit erfordern heute in Chile die Erfahrung

INTERNATIONALE CHILE KONFERENZ

Frankfurt aM
14.-27. April

24.-26. April
Arbeitstagung
von Delega-
tionen aus den
verschiedenen
Ländern

26. April
Film
über Chile
den ganzen
Tag in der
„Pupille“;
Studenten-
haus der Uni

27. April
11 Uhr
Internationale
Demonstration
Treffpunkt
Römerberg

13 Uhr
Kundgebung
und
Diskussions-
forum
auf dem
Römerberg mit
Vertretern des
chilenischen
Widerstandes

19 Uhr
Solidaritäts-
veranstaltung
in der Stadthalle
Offenbach mit
chilenischen
und lateiname-
rikanischen
Sängern und
Gruppen

Während der Konferenz
werden in der Frankfurter
Innenstadt mehrere Straßen-
ausstellungen und Chile-
Informationsstände laufen.

Informationsmaterial

zur Konferenz über:
Sekretariat der internationalen
Chile-Konferenz, c/o Sozialistisches
Büro, 605 Offenbach Postfach 591
Tel. (06 11) 28 52 81.



und Bedingungen die Einheit aller linken Kräfte und aller Sektoren, die bereit sind, gegen die Diktatur zu kämpfen, im Rahmen einer politischen Widerstandsfrent.

Wir stehen in Kontakt in Chile mit allen Kräften der Linken und anderen. Der Schritt, den wir getan haben, indem wir an das Ausland einen gemeinsamen Aufruf der gesamten Linken gerichtet haben, ist ein wichtiger Fortschritt in der Einheit aller Kräfte der Linken, ein Schritt, der hier in Chile sehr von Nutzen gewesen ist.

F.: Welches ist die Position des MIR in Bezug auf die taktische Allianz mit allen Demokraten, eine Allianz, die "weites Bündnis" (frente amplio) genannt wird, insofern als dieses Bündnis eine drohende Gefahr beinhaltet zur Restauration des bürgerlichen Systems?

M.E.: Wir fördern die Einheit aller Kräfte, die in der Praxis bereit sind, gegen die Diktatur zu kämpfen, im Rahmen einer politischen Widerstandsfrent, wie wir schon erwähnt haben. Wir meinen, daß in diese Front eintreten sollten alle Organisationen der Linken, der ehemaligen UP, wir und auch ein Teil der Christdemokratischen Partei, der "Fortschrittliche" oder "kleinbürgerlich-demokratische" Teil, der sich vor und nach dem Putsch offen gegen diesen ausgesprochen hat.

Die grundlegende Basis des Kampfes gegen die Diktatur bildet die Arbeiterklasse und das Volk; in Anbetracht des Ergebnisses der kürzlichen Erfahrung, einer tragischen Erfahrung der bürgerlichen Diktatur - gemessen an der Form der repräsentativen Demokratie - ist es sehr schwer zu glauben, daß die Arbeiter sie noch einmal annehmen werden.

Der andere Teil der Christdemokratie, von einigen der "demokratische" genannt, wurde von Frei geleitet; er unterstützte bedingungslos die Angriffe der herrschenden Klasse gegen die Arbeiter und die Regierung, betrieb und bereitete die Bedingungen für den Militärputsch:

- die Erklärungen von Frei mit der Forderung nach Waffendurchsuchungen, die Erklärung des Kongresses über die Illegitimität der Regierung, etc.;

- Frei erkannte den Militärputsch an und begrüßte ihn sofort nach dem Putsch und auch später. Er nimmt heute an der Diktatur der Gorillas teil (gegenwärtig stellt die Christdemokratie einen Minister für Justiz und vier Staatssekretäre: für Wirtschaft, Auswärtige Beziehungen, Arbeit und Justiz. Außerdem sind zahlreiche hohe Beamte, Direktoren in den Ministerien, Assessoren, etc. - Mitglieder der Christdemokratischen Partei.), auch wenn über die Presse und auf Druck einiger Gruppen vorsichtig die Mäßigung der Junta in ihrer repressiven und ökonomischen Politik fordert. Er tut es vorsichtig, um Macht zu sammeln für die hegemoniale bürgerliche Fraktion, um in größtmöglichem Maß an dem Reichtum und der Macht beteiligt zu sein, die der Staat in Chile kontrolliert - dem Einkommen vom Kupfer, den steuerlichen Befreiungen, den staatlichen Krediten, usw.

Frei versucht - wie die vorangegangenen populistischen Bewegungen - den Hauptteil der Bevölkerung, der von der Politik der Junta betroffen wird, hinter sich zu stellen in dem Bemühen, so die Unterstützung der Bevölkerung zu vergrößern, um sich dann wieder von ihr zu lösen, wenn er im Besitz der Macht ist.

Mit ihnen können die Arbeiterklasse, das Volk und die Revolutionäre keine Allianz eingehen, die ihr Programm und ihre Kampfformen zerstören würde, aber es können die Risse ausgenutzt werden, die sich dem zunehmenden innerbürgerlichen Kampf öffnen.

F.: Für den Fall, daß es in der Führung der Kommunistischen Partei (PC) und der Sozialistischen Partei (PS) ein Vakuum gibt - wie analysiert der MIR die revolutionäre Annäherung an die Basis und wie gedankt er die Führung der revolutionären Bewegung zu übernehmen?

M.E.: Die Führung im Kampf gegen die Diktatur der Gorillas gewinnt man nicht per Dekret oder durch Erklärungen. Sie wird im Kampfe selbst erobert. Der Kampf gegen die Diktatur der Gorillas ist grundsätzlich nicht ein Kampf von politischen Parteien gegen die Diktatur, es ist der Kampf der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes gegen einen Sektor des Offizierskorps der Streitkräfte. Deswegen und mit dem Ziel, alle Teile des Volkes zu organisieren, die bereit sind, gegen die Diktatur zu kämpfen, seien es Mitglieder von Parteien oder nicht, betreiben wir an der Basis - und mit gewissem Erfolg - die Errichtung einer Widerstandsbewegung des Volkes gegen die Diktatur der Gorillas durch die Bildung von Komitees in jeder Fabrik, jedem Landgut, Elendsviertel, jeder Schule, Universität, öffentlichen Gebäuden, usw.

F.: Wie vereinen sich taktisch die Annäherung an die demokratischen Sektoren mit der Entwicklung des bewaffneten Kampfes im Süden? Welches ist der Organisationsgrad der bewaffneten Bewegung in diesem Moment? In welchem Zeitraum kann man parallel die Reorganisation der Gewerkschaften und der Massenorganisationen entwickeln?

M.E.: Natürlich werden nur die Sektoren am Widerstand teilnehmen, die bereit sind, in der Praxis den Kampf auf allen Ebenen gegen die Diktatur zu betreiben und zu unterstützen. Daraus folgt, daß die Probleme der taktischen Übereinstimmung nicht grundsätzlich sein sollten. Die Reorganisation der Massenbewegung entwickelt sich zunehmend seit einigen Monaten. Wer den bewaffneten Kampf in Chile leiten wird, wird grundsätzlich jener sein, der die Isolierung der Avantgarde von den Massen vermeidet, jener, der zunehmend die Arbeiterklasse und das Volk in die Formen des bewaffneten Kampfes einbezieht. Aus der Widerstandsbewegung des Volkes wird das Revolutionäre Volksheer entstehen, die einzige Macht, die imstande ist, den Streitkräften der Gorillas entgegenzutreten und die Diktatur zu stürzen.

F.: Könnte das Scheitern des chilenischen Prozesses, Ihrer Meinung nach, das Ende der traditionellen Parteien bedeuten?

M.E.: Das Scheitern eines reformistischen Entwurfs in Chile sollte - wenigstens in unserem Lande - zum Ende der Vorherrschaft der reformistischen Illusionen in der Arbeiterklasse und im Volk führen. Aber der Reformismus, als politischer Entwurf, verschwindet nicht als Ergebnis einer Niederlage. Den Reformismus aus der Führung der Massen verbannen wird die Erfahrung, die die Arbeiter und die Mitglieder der Linken erworben haben und aus dem Kampfe selbst erworben unter der Führung einer revolutionären Taktik und Strategie.

F.: Es wird gesagt, daß Chile am äußersten Rande der Welt liegt ... Könnte ein neues Kommunikationssystem - beginnend mit dem Austausch von Erfahrungen - die Isolierung der Bewegung der chilenischen Linken in Beziehung zu Lateinamerika und Europa beenden und die Schaffung einer gemeinsamen Front gegen den Imperialismus ermöglichen?

M.E.: Ich meine, daß vom Gesichtspunkt der Isolierung vom Rest der Welt die Diktatur der Gorillas am meisten isoliert ist. Die Arbeiterklasse,

das Volk und die Linke in Chile erhielten und erhalten weiter eine große Unterstützung von den sozialistischen Ländern, dem revolutionären Cuba, den revolutionären und fortschrittlichen Teilen der Welt. Die Revolutionäre des Cono Sur in Lateinamerika haben ein Koordinationskomitee zwischen dem ERP in Argentinien, den MLN-Tupamaros in Uruguay, dem ELN in Bolivien und dem MIR in Chile eingerichtet. Dies zerstört nicht nur jede mögliche Isolierung, sondern bedeutet einen großen Fortschritt für den revolutionären Kampf. In jedem Falle wird von uns jede Initiative begrüßt werden, die dazu dient, den Kampf gegen den Imperialismus und für die Revolution zu einen und zu stärken.



Interview mit Jaime Gazmuri, MAPU - OC

Eric Nepomuceno hatte 6 Monate nach dem Putsch in Chile ein Gespräch mit Jaime Gazmuri, Generalsekretär des MAPU-OC, der mit Miguel Enriquez vom MIR der letzte der wesentlichen Führer ist, die in Chile aktiv sind.

Wir bringen eine Übersetzung des Gespräches, das im April 1974 in der argentinischen Zeitschrift CRISIS abgedruckt worden ist.

Gazmuri: Wenn wir von der Organisation des Volkswiderstandes sprechen, muß man zurückgehen und einige wichtige Details bezüglich des Verrats der Militärs erinnern. Es ist wichtig, z.B., den Überraschungsfaktor in Rechnung zu ziehen, da es ja dieser war, der die Reaktionsfähigkeit der militärischen Sektoren, die der Volksregierung loyal waren, sehr schwächte. Damit der bewaffnete Widerstand Erfolgsmöglichkeiten gehabt hätte, müßten wir Verbündete innerhalb der Streitkräfte und der verschiedenen Kräfte, auf die die Parteien der Linken zählten, gehabt haben. Die Unterstützung der Streitkräfte hatte sich abgeschwächt während der letzten Monate, vor allem während der letzten zwei Monate der Volksregierung, der allgemeinen Situation wegen und auch durch eine Reihe von Irrtümern der Regierung in der Behandlung der loyalen Sektoren. Ein anderer wichtiger Punkt war der Verrat von Pinochet, ein Mann, der sich während drei Jahren verfassungstreue gab und der sogar nach dem Putschversuch des 29. Juni, den Präsidenten Allende aufsuchte, um ihm einen Verteidigungsplan anzubieten, gemeinsam ausgearbeitet durch das Heer und die CUT. Endlich weiß heute jeder, daß die blutige Unterdrückung in den Kasernen begann. Es gingen nur die Regimenter auf die Straße, auf die die Putschisten rechnen konnten. Viele Militärs wurden festgenommen und getötet beim Versuch sich dem Putsch zu widersetzen. Der Volkswiderstand war breit und unorganisiert. Während sieben Tagen gab es bewaffneten Widerstand ohne irgendeine militärische Perspektive. Es gab weder die Zeit noch die Mittel, etwas Organisierendes zu machen.

Das ist direkt mit den Problemen verbunden, die jetzt auftauchen, wenn es sich darum handelt, eine antifaschistische Front in Chile zu organisieren. Die Überraschung des Putsches, zusammen mit der Ausdehnung der Repression hat die Struktur der politischen Parteien, die die UP gebildet hatten, hart getroffen. Nicht nur die Führer wurden getroffen, sondern auch die mittleren Kader und die Basis. Viele Leute wurden erschossen oder festgenommen und nach dem Putsch befanden wir uns in der heiklen Situation von politischen Parteien, die immensen Schwierigkeiten konfrontiert sind, um wirksam und schnell im Untergrund zu operieren, notwendig für den Schutz des Lebens seiner Mitglieder.

Die Arbeiter, z.B., stehen drei hauptsächlichen Problemen gegenüber: dem Tod eines großen Teils der Gewerkschaftsführer, die der Mehrheit der Massenorganisationen auferlegte Illegalität (CUT, Einzelgewerkschaften, etc.) und schließlich die immense Welle der Entlassungen, die täglich anschwillt, speziell in den Betrieben, die durch die Volksregierung verstaatlicht worden waren.

Wir sind in der Phase, die sich in erster Linie charakterisiert durch die Reorganisation der Parteien und ihre organische Anpassung an die durch den Untergrund auferlegten Arbeitsbedingungen und auch durch die Organisation der politischen Front, die nicht nur bloßer Organisationsprozeß ist, sondern auch Prozeß der Ent-

wicklung einer Volksfront, die der Situation des Landes entspricht. Es handelt sich um etwas, das viel weiter geht, als die Rekonstruktion der UP. Schließlich wird diese Phase durch die Reorganisation der Massenbewegung charakterisiert, vor allem in den Arbeiterschichten. Wir glauben, daß dieser Komplex von Aufgaben jetzt erfüllt wird. Die wichtigsten Parteien arbeiten innerhalb der neuen Bedingungen. Bezüglich der antifaschistischen Front bleibt uns in den nächsten Monaten viel zu tun, aber ich möchte klar sagen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wir müssen in der Rekonstruktion der UP und in der Einheit der gesamten Linken, besonders mit dem MIR, schnell vorwärtskommen. Es gibt auch eine Aufgabe von höchster Reichweite, die wir realisieren müssen: die Christdemokratie in das antifaschistische Volksbündnis zu integrieren.

Frage: wie wird die Tätigkeit der politischen Front geplant?

Gazmuri: es soll eine Serie von Widerstandskomitees in jedem Arbeitszentrum, in jedem Betrieb, etc. geben. In vielen Teilen des Landes sind solche Komitees schon gebildet, durch Militante der Linken und durch Sektoren der Bevölkerung, die automatisch die antifaschistische Front ausmachen. Die Trennungslinie verläuft schon nicht mehr zwischen denen, die gegen oder für die Volksergiebung waren. Sie verläuft jetzt zwischen denen, die gegen oder für die Diktatur sind.

Frage: wann werden die Komitees gebildet werden?

Gazmuri: die Komitees sind schon gebildet, besonders in dem Propagandabereich, der in dieser Phase des Kampfes sehr wichtig ist. Die erste Aufgabe jeder Organisation ist es, Bedingungen zu schaffen, für ihre eigene Untergrundtätigkeit, ohne daß dies eine Einkapselung mit sich brächte. Die größte Schwierigkeit besteht im Schaffen eines politischen Untergrundschemas, hauptsächlich ein politisches Schema der Agitation und Propaganda, die grundsätzliche Elemente für die Herausbildung objektiver Bedingungen des Widerstands sind. Das Ziel dieser Phase ist es, eine Untergrundbewegung des Massenwiderstands herauszubilden, aber um das möglich zu machen, bleibt noch viel zu tun. Es handelt sich jedoch um eine Aufgabe, die wir uns heute vornehmen müssen und nicht morgen, darauf dringe ich, obwohl ich nicht ignoriere, daß es noch eine lange Strecke zurückzulegen gilt. Die objektiv günstigen Bedingungen einen Widerstand zu schaffen, existieren seit genügend langer Zeit und werden permanent verstärkt durch die eigenen Widersprüche der Militärjunta.

Frage: Objektive oder subjektive Bedingungen?

Gazmuri: Natürlich ist es notwendig, die subjektiven Bedingungen in objektive zu verwandeln. Die Risiken, um das zu erreichen, sind enorm. Man muß einen Sicherheitsapparat aufstellen, der immer perfekter wird. Man muß erreichen, daß die Kampfformen durch die Massen vorangetrieben werden oder daß die Agitation in ihrer direkten Form von Person zu Person, intensiviert wird, daß die Flugblätter zirkulieren, daß die Agitation offizielle Stellen erreicht. Wir können nicht vergessen, daß es während der letzten zwei Monate zwischen 40 und 50 Streiks in Chile gab. Natürlich rief dies eine

stärkere Repression hervor, und es gab ein großes Stillschweigen, eine bewußte Unterdrückung jeder Information über diese Vorfälle. Aber es ist erprobt, daß in vielen Sektoren schon Bedingungen bestehen, um unmittelbar etwas zu erreichen. Hauptsächlich die Kupfersektoren werden niemals das Niveau der politischen Sensibilität verlieren. Vor einem Monat wurde Pinochet durch den Streik von El Teniente (dessen Presseverbreitung von der Junta strengstens verboten worden war) veranlaßt, sich dorthin zu begeben. Die wichtigste Forderung war die Rückkehr zum System des automatischen Lohnausgleichs, der sogenannte bewegliche Lohnausgleich, der im Januar durch die Junta abgeschafft worden war. Das war schon eine Antwort.

Frage: Man könnte sagen, daß diese in verschiedenen Arbeiterschichten existierende Spannung dem Widerstand neue Dimensionen gibt...

Gazmuri: Im Grunde gibt es zwei Wege: in allen Massenorganisationen zu arbeiten, die nicht für illegal erklärt wurden, und das, obwohl ihr Aktionsfeld höchst eingeschränkt ist - und einige wichtige Organisationen funktionsfähig zu erhalten, im besonderen Fall der UP: die CUT (die am 12. Februar eine Erklärung herausgab, die einen guten Widerhall hatte). Die CUT wurde natürlich durch die Junta aufgelöst, aber arbeitet weiter mit ziemlich ermutigenden Resultaten.

Frage: In welcher Situation befindet sich die Bauernschaft?

Gazmuri: Die Situation auf dem Land ist sehr schwierig, weil da die Organisationsbedingungen immer heikler sind, als in städtischen Gebieten. Die Repression auf dem Land wird nicht nur durch die Polizei ausgeübt, sondern auch durch die Großgrundbesitzer. In einigen Provinzen wurde der Boden, der durch die Agrarreform unter den Bauern verteilt worden war, von Großgrundbesitzergruppen schon zurückgenommen, bevor sie die Junta dazu autorisierte. Es gibt viele Entlassungen und die Unterdrückung der Führer ist sehr stark. Auf dem Land ist die Unterdrückung leichter als in der Stadt, weil man dort mit der Unterstützung der bewaffneten Kommandos der Großgrundbesitzer rechnen kann. Die Herren des Großgrundbesitzes wissen sehr gut, wer wer ist, wo wer wohnt, wo sich jeder versteckt, den sie suchen. Die Arbeit auf dem Land wird länger brauchen als die, die wir unter den Arbeitern entwickeln.

Frage: Und welches sind die Bedingungen für die Organisation des Widerstands im studentischen Bereich?

Gazmuri: Die Bedingungen im studentischen Bereich unterscheiden sich nicht von denen in anderen Bereichen: vielen Studenten wurde die Immatrikulation annulliert (allein in Concepción, wo es 18.000 Studenten gab, wurden 6000 exmatrikuliert). Das Militär intervenierte, genau genommen vollzieht sich eine echte Militarisierung in den Universitäten. In allen Hörsälen sind Soldaten verteilt und während der Examina zum Jahresende, z.B., konnte man mindestens einen bewaffneten Soldaten jeden Saal bewachen sehen. An der Universität von Chile wurden ganze Fakultäten geschlossen. Aber ich glaube, daß die Reorganisation nicht auf sich warten lassen wird. Die Bedingungen sind nicht einfach, aber

der Hochschulsektor erlaubt immer den Fortschritt und die massenhafte Sammlung.

In Bezug auf die Streitkräfte ist es wichtig, sich zu erinnern, daß sie einer der Sektoren waren, wo die Unterdrückung mit spezieller Härte geübt wurde. Hohe Offiziere der chilenischen Luftwaffe wurden ermordet. Einige Offiziere wurden festgenommen, hauptsächlich Mitglieder der Marine und des Heeres. In San Felipe wurde der Regimentskommandeur, Oberst Cantuarias ermordet. Unter den Unteroffizieren war und ist die Unterdrückung brutal. Unter den vielen Episoden, die erzählt werden, steht die von einem Hauptmann, der gegen die willkürlichen Verhörmethoden der brasilianischen Agenten protestierte. Das genügte, um diesen chilenischen Offizier sofort zu erschießen. Viele Soldaten wurden erschossen. Sie fielen zusammen mit Mitgliedern der UP, die sie hinzurichten sich geweigert hatten, weil sie es nicht mehr ertrugen, den Erschießungsbefehl zu erfüllen. Für die militärischen Dissidenten ist die Unterdrückung brutal und natürlich existiert nicht die geringste Möglichkeit, sie zu verteidigen - sagen wir - auf der Ebene des Gerichtshofs. Viele der erschossenen Militärs wurden als im "Kampf mit den Extremisten" Verschwundene angegeben und danach als nationale Helden gefeiert. Die Putschistenoffiziere, die eine menschlichere Haltung bewiesen, wurden aus ihren Ämtern entfernt. In Provinzen, wo die Unterdrückung geringer war, wurden die dafür verantwortlichen Chefs ihrer Ämter enthoben. Trotz alledem findet der Widerstand innerhalb der Streitkräfte Widerhall und wenn auch im Moment das Echo schwach ist, wird es sicherlich anwachsen.

Frage: Wie würdest Du die Ziele der antifaschistischen Kräfte, des organisierten Widerstandes, über den Vorsatz die Junta zu stürzen hinaus, beschreiben?

Gazmuri: Das strategische Ziel springt in die Augen: die Diktatur stürzen und eine demokratische Regierung begründen, durch Errichten eines neuen Staates, der wahrhaft national, antimonopolistisch, volksdemokratisch ist. Das wird nur möglich sein, wenn eine politische und soziale Front geschaffen wird, die größere Ausmaße hat als die jetzige und Merkmale, die eine fortschreitende Konfrontation mit der Diktatur erlauben. Heute sind wir in der Phase des Aufbaus, sowohl auf politischem Gebiet als auch in der Masselinie. Es ist eine sehr viel breitere Front als die UP. Sie umfaßt die UP, den MIR und wird die DC umfassen. Und außerdem alle demokratischen Elemente des Landes. Wir denken, daß es möglich ist, diese Front zu entwickeln, denn die Diktatur schafft fast im ganzen Land höchst günstige objektive Bedingungen. Die kapitalistische Restauration wird heute mit mehr Grausamkeit durchgesetzt als je zuvor in unserer Geschichte. Die Diktatur hat keine Zügel: außer der physischen Unterdrückung birgt der ökonomische Plan eine Politik, die die große Mehrheit des Landes buchstäblich zum Hungern verurteilt und die Mittelschichten in einer sehr harten Situation. Vom ideologischen und kulturellen Gesichtspunkt ist es eine Unterdrückung, die sich wenige faschistische Diktaturen auf der Welt erlaubten. Das erzeugt spontanen Widerstand. Was wir machen müssen, ist, diesen Widerstand zu organisieren und ihm massenhaften Ausdruck zu geben. Hiermit steht das Problem der konkreten Ziele: die Mehrheit des Landes gegen die Politik der Junta zusammenzufügen und zu sehen, welche Form des Kampfes tatsächlich durch die Massen entwickelt werden wird. Auf politischer Ebene ist man sich bewußt, daß es eine

nationale Notwendigkeit ist, den Kriegszustand zu beenden. Der Kampf, dieses Ziel zu erreichen, kann die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Junta vereinen. Vom ökonomischen Gesichtspunkt streben wir die Lohnangleichung an. Das betrifft 75% des Landes. Man kennt jetzt viele Zeugnisse der Unterdrückung. Es ist dringend notwendig, Zeugnisse des zügellosen Hungers zu sammeln.

Frage: Wie stellt sich deine Gruppierung zum MIR?

Gazmuri: Wir denken, daß es möglich ist, mit dem MIR zu einer breiten Übereinkunft bezüglich grundlegender taktischer Fragen zu kommen. Es gibt keine Partei in Chile, die den bewaffneten Widerstand als unmittelbare Aufgabe vorschlägt. Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung hervor, die auch den MIR einschließt.

Frage: Aber das bedeutet nicht, daß man den bewaffneten Kampf beiseite schiebt...

Gazmuri: Es ist unmöglich, die Form vorherzusehen, in der der Zusammenstoß zwischen den Massen und der Diktatur stattfinden wird. Sicherlich wird der F^rschismus zu allen seinen Kräften greifen, um Widerstand zu leisten, und das müssen wir permanent in Rechnung stellen. Aber wie wir dem gegenüber treten oder das auflösen, das ist etwas, was wir jetzt nicht wissen können; erstens, weil alles von der Breite unserer Widerstandskraft und dem Grad der Isolierung der Junta abhängen wird und auch von dem Grad, den der Widerstand innerhalb der Streitkräfte erreicht. Im Augenblick studieren und entwickeln wir diese Fragen. Im Moment kann man nichts sagen. Ich denke, daß die Front sehr breit sein kann und sich in voller Entwicklung befindet. Wir sehen gute Perspektiven innerhalb der Streitkräfte. Darüberhinaus müssen wir den richtigen Moment abwarten, um zu bestimmen, wie das Problem aufzulösen sein wird. Uns erscheint es grundlegend, das Kräfteverhältnis genau zu kennen, denn im Moment, in dem es darauf ankommt, entscheidet die Kraft. Wir können den bewaffneten Zusammenstoß nur vermeiden, wenn wir viel mehr Kraft haben als die Feinde. Um sie zu isolieren, damit sie uns nicht besiegen können. Aber das wird sehr schwierig sein. Deswegen müssen wir auf alles vorbereitet sein.

Frage: Setzt Ihr Euch irgendwelche Fristen?

Gazmuri: Wir denken, daß die historischen Bedingungen anzeigen, daß die Diktatur kurz sein wird, speziell der Geschwindigkeit wegen, mit der sie ihre eigenen Widersprüche entwickelt. Aber eine historisch kurze Periode kann nicht in Monaten gezählt werden. Die chilenische Militärjunta stellt sich als viel zermürbbarer und verwundbarer heraus, als die anderen Militärdiktaturen Lateinamerikas. Viel schwächer z.B. als die brasilianische. Wir sind in Not, aber wir sind nicht verzweifelt.

Frage: Welches wären Deiner Meinung nach die hauptsächlichsten politischen Unterschiede der Gruppen, die den Volkswiderstand organisieren?

Gazmuri: In diesen sechs Monaten Diktatur ereignete sich etwas fast Komisches: zwischen den Parteien der UP stellte sich eine große Übereinstimmung her, strategische und taktische Fragen

betreffend. Diese Übereinstimmung ist viel größer als während der ganzen Volksregierung. Ich möchte hervorheben, daß zwischen den Arbeiterparteien der UP - PC, PS und MAPU-OC - die Übereinstimmung der politischen Gesichtspunkte wächst. Das ist einer der positivsten Faktoren der jetzigen politischen Situation, weil er dem Widerstand einen homogenen Führungskern mit großem Gewicht gibt. Das ist eine neue Tatsache. Das heißt: nicht die Einheit ist neu, denn die kommunistisch-sozialistische Einheit existiert in Chile seit 1956. Aber niemals in den drei Jahren der UP gab es eine so große Übereinstimmung, wie sie heute existiert. Mit dem MIR haben wir prinzipielle Unterschiede bezüglich der Einschätzung des Geschehenen, und diese Unterschiede sind groß. Wir haben außerdem Unterschiede hinsichtlich der langfristigen Perspektiven. Aber es gibt in Bezug auf den MIR einen neuen Faktor: wir haben ein Feld möglicher Übereinkünfte, das breiter als jemals ist. Auf dieser Ebene werden wir unsere künftigen Diskussionen aufbauen.

Mit dem Rest, d.h. mit den Parteien, die nicht zur Linken gehören, besteht das Problem, Übereinkünfte in größtmöglicher Zahl zu erreichen und neue Diskussionsmethoden - grundlegende Fragen, die uns trennen, betreffend - zu schaffen, was so zu verstehen ist, daß die gemeinsame Aktion die geeignetsten Bedingungen hervorbringt für die Diskussion der existierenden Unterschiede. In Bezug auf die DC haben sich auch neue Tatsachen ergeben. Es ist sicher, daß ihre offizielle Haltung während der Volksregierung, vor allem was die durch Frei der Partei auferlegte Linie betrifft, eine der grundlegendsten Faktoren für den Erfolg des Putsches war. Wir denken, daß die Partei in einigen Aspekten zu einem hohen Grad von Bewußtlosigkeit hinsichtlich der realen Situation, die das Land durchlebt hatte, gebracht worden war. Und sie hatte ein sehr schlechtes Erwachen. Denn offensichtlich stößt die Politik des Faschismus diejenigen zurück, die zu den Besten der DC gehören, und schließt folglich die reaktionärsten Elemente aus, die zu einer Übereinkunft mit der Regierung kommen könnten. Doch nicht einmal diesen reaktionärsten Elementen wird erlaubt, ihre eventuell begünstigende Meinung auszudrücken

Diese Situation schafft in der DC ein Feld für die Entwicklung echter demokratischer und fortschrittlicher Positionen, die vor 1970 existierten, die aber der höchst reaktionären Position von Frei untergeordnet waren. Das hauptsächlichste Problem ist, daß die DC als politischer Organismus auch unterdrückt, ausgeschlossen ist. Es handelt sich um eine absolute Suspendierung, wie, glaube ich, keines ihrer Mitglieder imstande war, sich vorzustellen.

Frage: Jedes Mal, wenn mit der jetzigen Regierung über die absurde Situation, in der die chilenische Ökonomie sich befindet, gesprochen wird, geben die Repräsentanten alle Schuld der Regierung der UP. Welche Selbstkritik könntest Du in dieser Hinsicht machen?

Gazmuri: Es ist unmöglich, eine Analyse der ökonomischen Ergebnisse abseits der politischen Bedingungen zu machen, in denen sich ihr Handeln entwickelte. Immer gibt es eine sehr große Beziehung zwischen Problemen politischen und ökonomischen Charakters, aber in unserem Fall war diese Beziehung besonders eng. Und wenn man diese so enge Beziehung nicht gebührend

in Rechnung stellt, sowohl in der Verteidigung als auch in der Kritik, kann man dazu kommen, sehr große Irrtümer zu begehen. Die politische Situation fand ihren Widerhall auf ökonomischem Gebiet, weil die Einrichtung der Volksregierung einer Phase tiefer Verschärfung des Volkskampfes rund um den spezifischen Prozeß der Kontrolle der Macht markiert. Dieser Kampf um die Macht zwischen der Rechten und der Volksbewegung fand seinen Ausdruck von besonderer Intensität auf der Ebene des Staates, wo die Volksbewegung nicht die Kontrolle der Macht erreichte. Das ist die grundlegende Besonderheit des chilenischen Falles als revolutionären Prozeß. Das Eigentümliche ist, daß sich der Kampf um die Macht mit viel Kraft innerhalb des Staates ausdrückt, und wir glauben, daß dies eine neue Situation in der Geschichte ist. Durch die Bedeutung, die sie im Schema der nationalen Struktur hatte, erscheint die Regierung als hauptlicher Führer des Landes, aber man muß sagen, daß sie nicht alle Instrumente hatte, um eine tatsächliche Führung der Nation zu leisten. Auf ökonomischem Gebiet wurde ihr auferlegt, ein Modell der zu verfolgenden Politik zu entwerfen, ohne mit allen Instrumenten zu rechnen, die es erlaubt hätten, dieses Modell voranzutreiben, mehr noch, einem enormen ökonomischen und politischen Widerstand konfrontiert, sah sich die Regierung als Beispiel das Problem der Handhabung einiger typischer Instrumente wie jenes der Finanzpolitik, wo die UP und die Regierung immer die Macht über Preise und Löhne, über die Wechselkurspolitik hatte, aber niemals über die Steuerpolitik, die durch das Parlament bestimmt wurde. Das Parlament bediente sich dieses Instrumentes, um das Modell, das die UP einzurichten beabsichtigte zum Scheitern zu bringen. Oder anders gesagt: es war eine Wirtschaftspolitik, die unter der permanenten Reaktion litt, die aus den Kreisen der Wirtschaft, Finanz entsprang, was sogar, in Bezug auf die Rechte, zum Gebrauch einer Reihe offizieller Instrumente führte. Dazu müssen wir außerdem den internationalen Boykott, angeführt durch die USA, zählen. In diesem Rahmen bestanden die anfänglichen Ziele der Wirtschaftspolitik in drei grundlegenden Linien: die Gesamtheit der Strukturreformen, die darauf abzielten, einen staatlich dominierten Wirtschaftssektor zu schaffen; das Problem der Verstaatlichung der Banken, des Kupfers ect., Maßnahmen, die in relativ langer Frist sich ökonomisch bezahlt gemacht hätten; die kurzfristige Reaktivierung der Wirtschaft, auf der Ebene der errichteten industriellen Kapazität und schließlich die Einkommensumverteilung. Eine Politik mit diesen Charakteristika - die richtig war - konnte sich aufgrund ihres eigenen Wesens nur in einer Zwischenfrist als wirksam herausstellen. Wenn das Problem der Macht nicht gelöst wird, erweisen sich als die von der Politik erzeugten Widersprüche als fast unüberwindlich. Man kann nicht von einem Scheitern der Wirtschaftspolitik sprechen. Spricht man dennoch davon, behauptet man die Existenz einer Alternative, die nicht existiert hatte, es sei denn, man lasse als Alternative ein Operieren mit kapitalistischer Politik zu. Wir befinden uns im Einverständnis, daß es in einer historisch kurzen Periode eine Lösung für das Machtproblem gegeben hätte, und innerhalb dieser Perspektive war die Politik der Regierung rational.

Frage: Aber es gab zweifellos Irrtümer ...

Gazmuri: Aber ja doch; aber die hauptsächlichlichen Irrtümer waren politischer Natur. Ich kann Dir die grundlegenden Irrtümer aufzählen: 1) eine unangemessene Behandlung der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, die sich sehr entwickelte während der Volksregierung und die keinerlei Sicherheitsgarantie und kein Vertrauen empfing, was uns erlaubt hätte, sich ihrer wirksamer zu bedienen; 2) die große Schwierigkeit der Regierung, eine ökonomische Führung zu entwickeln. Es wurden unzusammenhängende Programme entwickelt; 3) das Fehlen politischer Voraussicht und hauptsächlich ökonomischer Voraussicht, um mit der Zeit einige vorausschaubare Ergebnisse anzuvisieren, die diese Maßnahmen nach sich hätten ziehen können.

Frage: Gib mir ein Beispiel dieser fehlenden Voraussicht.

Gazmuri: Beim Problem der Inflation, der Verpflegung, wo schon Anfang 1971 klar wurde, daß es notwendig wäre, ein Kontrollsystem der Verteilung einzuführen. Das wurde erst 1973 anvisiert, als es schon unmöglich war, sowohl die Inflation als auch die Verteilung zu kontrollieren. Es gab schließlich Unfähigkeit, oder besser gesagt, eine ungenügende Fähigkeit, die Arbeiter zu mobilisieren und sie sowohl in die Aufgaben als auch in die Bedingungen der angestrebten Wirtschaftspolitik einzubeziehen. Ein bürokratisches Erfordernis, das nur Ergebnis zeitigen konnte, wenn es eine aktive Front der Massenunterstützung gegeben hätte.

Frage: Wie ist für Dich das derzeitige Panorama in Chile?

Gazmuri: Eine der Sachen, die ich mit größter Klarheit sehe, ist die Existenz zweier Länder, das eine ist das offizielle Land, keimfrei, geordnet, mit sauberen Straßen, trotz einiger Mängel im öffentlichen Dienst ... In diesem offiziellen Land existieren offenbar keine Probleme. Aber es existiert außerdem das wirkliche Land, das gekennzeichnet wird durch ein immer unerträglicher werdendes Leben für die Mehrheit der Menschen. Vom materiellen Gesichtspunkt aus leben wir unter Bedingungen, die wir niemals gekannt haben. Sehr häufig hört man Arbeiter sagen, daß sie sich nicht an Existenzbedingungen erinnerten wie diese, die man die letzten zwei Monate erlebte, und die Arbeiter hatten niemals das, was man im Wohlstand leben nennt. Heute verhindert die Repression jeden öffentlichen Ausdruck von Meinungsverschiedenheit. Außerdem betrifft die direkte physische Unterdrückung einen sehr hohen Prozentsatz der Bevölkerung im ganzen Land - besonders wenn man die Tausende und Tausende Tote und Tausende und Tausende Gefangene dazurechnet und die Arbeitslosen, die es heute gibt (nahezu 10% der Arbeiterklasse verlor auf allen Ebenen ihre Arbeit). Das alles zusammengekommen, kommt man leicht zu dem Schluß, daß praktisch keine chilenische Familie existiert, die nicht konkrete und direkte physische Folgen durch die Unterdrückung erlitten hätte.



Das Komitee "Solidarität mit Chile" (c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8) hat einen Satz mit 12 Postkarten "Politische Wandmalerei in Chile vor dem Putsch" herausgebracht. Das obige Motiv ist dem Postkartensatz entnommen. Der Satz ist zum Solidaritätspreis von DM 6,- plus Porto (in Briefmarken, Bargeld, Scheck oder Überweisung auf Solidaritätskonto Postscheckkonto Berlin West 380087-108, Elfriede Kohut) erhältlich, der Reinerlös aus dem Verkauf der Postkarten geht nach Chile.

SPENDET FÜR DEN SIEG DER
CHILENISCHEN
ARBEITERKLASSE

PSCHK BERLIN-WEST, ELFRIEDE KOHUT, NR. 380 087-108
KENNWORT: HILFE FÜR CHILE

DEUTSCHE BANK, 8 MÜNCHEN, KURFÜRSTENPLATZ,
KONTO-NR. 35-53062, SONYA PATRICK-LARTHE

CHILE UND LATEINAMERIKA

BERTRAND RUSSELL TRIBUNAL II

Über die
UNTERDRÜCKUNG IN BRASILIEN, CHILE UND LATEINAMERIKA (Rom - 30.3.-5.4.1974)

1. Das Tribunal

Vom 30.3. bis 5.4.1974 fand in Rom die erste Sitzungsperiode des Bertrand Russell Tribunal II über die Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika statt.

In 13 Sitzungen wurde dem Tribunal eine große Anzahl von Informationen, Dokumenten und Beweismaterialien über die Verletzungen der Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten in den 4 angeklagten lateinamerikanischen Staaten vorgelegt.

Es handelt sich um BRASILIEN, CHILE, URUGUAY und BOLIVIEN.

Für die drei ersten dieser Länder wurde die Anklage jeweils von einem prominenten politisch Verfolgten vorgetragen:

Miguel Arraes, ehemaliger Gouverneur des Staates Pernambuco, für Brasilien; Carlos Vassallo, Botschafter Allendes in Italien, für Chile und der ehemalige Senator Michelini für Uruguay.

Über die Unterdrückung in Bolivien wurden dem Tribunal ebenso eine Klage und Berichte vorgelegt.

Weiterhin hörte das Tribunal Berichte und Anklagen über die Unterdrückung in PARAGUAY, PUERTO RICO, SANTO DOMINGO, HAITI und GUATEMALA.

Das Tribunal wird sich auf einer späteren Sitzung intensiver mit diesen Ländern befassen.

2. Die Arbeitsweise

Eine Jury, bestehend aus Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kirchen, hörte von Wissenschaftlern vorgelegte Berichte über die Entwicklung der Gesetzgebung in Brasilien seit dem Militärputsch 1964 und die (Nicht-)Legitimation der Junta in Chile sowie Analysen über die Verletzungen der Menschenrechte, Repression und Folter und die Verletzungen der sozialen Rechte in Brasilien, Chile, Uruguay und Bolivien. Weiterhin wurden Berichte über die Todesschwadron (Brasilien) und Verletzungen des Asylrechts (Chile) vorgetragen.

Aus allen vier Ländern wurden Bild- und Filmdokumente gezeigt.

Anschließend wurden Zeugen aus den vier Ländern ge- und verhört (für Brasilien und Chile je 10 Zeugen, für Uruguay und Bolivien je 5).

3. Das Urteil

"Das Tribunal erklärt die Organe, die in Brasilien, in Chile, in Uruguay und in Bolivien die Macht ausüben oder ausgeübt haben, schwerer, wiederholter und systematischer Verletzungen der Menschenrechte für schuldig. Das Tribunal erklärt in Anbetracht ihres Ausmaßes, daß diese Verletzungen der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen, das in jedem der vier untersuchten Länder von den Organen, die die Macht ausüben, verübt wurde."

Das Urteil wurde vom Präsidenten der Jury, Lelio Basso, am 5. April 1974 verlesen und ausführlich begründet.

Das Schlußdokument des Bertrand Russell Tribunal II enthält neben den Urteilsbegründungen für Brasilien, Chile, Uruguay und Bolivien auch eine Darstellung der juristischen Grundlagen und der Legitimation des Tribunals.

4. Die nächste Sitzungsperiode des Tribunals

Die nächste Sitzungsperiode des Tribunals wird sich voraussichtlich im Herbst 74 oder Anfang 1975 in Brüssel mit den wirtschaftlichen Hintergründen der Unterdrückung in Lateinamerika, mit der Rolle der multinationalen Konzerne, der Dominierung der Wirtschaft durch Konzerne der USA und Westeuropas und mit dem brasilianischen "Wirtschaftswunder" befassen.

CHILE UND DIE BRD

Schafft Stipendien für Flüchtlinge!

Die schwierige Situation der Chile-Flüchtlinge in Argentinien besteht unverändert weiter (vgl. den Bericht in ChN Nr.14). Bisher nicht bestätigte Meldungen aus Peru sprechen von 4000 Chilenen, denen die Touristenvisa nicht verlängert werden, einige der Flüchtlinge seien verhaftet worden, anderen drohe die Ausweisung nach Chile.

Neben der notwendigen Unterstützung der Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge in den lateinamerikanischen Ländern müssen wir die Anstrengungen zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Stipendien in der Bundesrepublik fortsetzen.

Nach uns zugänglichen Informationen ist die Stipendienvergabe an den Hochschulen der Bundesrepublik bisher auf einige Hochschulen begrenzt geblieben, eine Ausweitung der Arbeit auf den gesamten Hochschulbereich ist daher dringend erforderlich. Als Grundlage für diese Arbeit sei auf einen Beschluß des Deutschen Akademischen Austausch-Dienstes verwiesen (Protokoll v.2.4.1974), der dazu auffordert, daß die

"Landesregierungen sowie die Hochschulen Voraussetzungen schaffen, um den in Not geratenen chilenischen Hochschulangehörigen durch geeignete Förderungsmaßnahmen zu helfen."

Eine "aufschlußreiche" Erklärung für das unterschiedliche Verhalten der Hochschulen in der Unterstützung von Chile-Flüchtlingen gibt das nachstehend wiedergegebene Protokoll der Sitzung der Westdeutschen Rektoren-Konferenz vom Dezember letzten Jahres:

ABSCHRIFT des

Protokoll der 108. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 10./11. 12. 1973 in Bonn - Bad Godesberg

Hilfe für Flüchtlinge aus Chile

(Vgl. TOP 0 Ziff. 2 und TOP 1 nach Buchst. g)

- a) Der Präsident der Universität Tübingen stellt die Frage, ob die Universitäten chilenische Flüchtlinge aufnehmen und sich in dieser Sache über eine gemeinsame Haltung verständigen könnten. Der Präsident der FU Berlin bejaht die erste Frage; der Rektor der U Erlangen-Nürnberg teilt mit, daß politische Flüchtlinge mit Asylberechtigung im Rahmen der Ausländerquote bei Zulassung und Unterbringung bevorzugt behandelt werden. Der Präsident der TU Berlin hat einen Antrag auf 10 Sonderstipendien für chilenische Studenten an das Berliner Universitätskuratorium gerichtet; er empfiehlt der WRK, sich in dieser Sache der Entschließung der Mitgliederversammlung des DAAD 1973 anzuschließen. Der Präsident der U Tübingen schlägt vor, diejenigen Organisationen, welche hauptsächlich die bevorzugte Aufnahme chilenischer Flüchtlinge in die Universitäten fordern - wie z.B. den DGB - um die Bereitstellung von Sonderstipendien zu bitten. Der Vorschlag wird vom Präsidenten der FU Berlin unterstützt, der überdies eine Stellungnahme der WRK wünscht, daß alle Hochschulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung gewähren sollten. Der Präsident der WRK weist auf die Notwendigkeit hin, keinen Unterschied in der Behandlung von Flüchtlingen zu machen, ob sie nun aus Chile oder aus der DDR kommen; die Unterstützung der DDR-Flüchtlinge durch die Bundesregierung sei trotz steigender Flüchtlingszahlen permanent verringert worden. Der Rektor der U Bremen erbitte hierüber einen Bericht. Die Bitte wird vom Präsidenten der FU Berlin zum Antrag erhoben; er kündigt für den 11. 12. 1973 eine Beschlussvorlage zur Sache an.
- b) Der Präsident der FU Berlin legt folgenden Beschlusentwurf vor:
- "Die 108. WRK begrüßt die Initiative einzelner Mitgliedshochschulen, aus Chile in die BRD geflüchteten Studenten und Wissenschaftlern den Zugang zum Studium und zur wissenschaftlichen Tätigkeit zu erleichtern und ihnen im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten Studien- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Sie empfiehlt den Hochschulen, alle Mittel auszuschöpfen, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Aufnahme aus Chile gelüchteter Wissenschaftler und Studenten unbillige Härten vermeiden zu helfen.
- Das Plenum empfiehlt allen Hochschulen, bei der Vergabe der für ausländische Studienbewerber reservierten Studienplätze die geflüchteten chilenischen Studenten entsprechend zu berücksichtigen.
 - Das Plenum spricht sich dafür aus, daß für geflüchtete chilenische Studenten Stipendien bereitgestellt werden.
 - Die mit dem akademischen Austausch und der Förderung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit betrauten Selbstverwaltungsorganisationen werden gebeten, den Hilfen für qualifizierte Wissenschaftler aus Chile besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
 - Bei der Verwendung der aus vakant gebliebenen Stellen verfügbaren Mittel sollten insbesondere diejenigen geflüchteten chilenischen Wissenschaftler berücksichtigt werden, die eine hohe wissenschaftliche Qualifikation nachweisen und bis zur Einweisung auf eine Planstelle als Gastdozenten in Lehre und Forschung weiterwirken.

Der Rektor der U München stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Befassung und "Nicht-Beschließung"; der Präsident der U Tübingen und die Rektoren der GH Bamberg empfehlen, den Beschlusentwurf als interne Empfehlung zu beraten und zu verabschieden. Der Rektor der U München erweitert seinen Antrag um die Aufforderung an das Präsidium unter Ausschöpfung aller bekannten Fälle, ein Grundsatzpapier über die Behandlung von Flüchtlingen vorzulegen.

Der Rektor der U Bremen beantragt, den Beschlusentwurf um einen Hinweis auf die Verpflichtung der Hochschulen gegenüber dem Humanismus zu ergänzen.

- c) Der Präsident der WRK stellt den ersten Antrag des Rektors der U München zur Abstimmung.

Das 108. Plenum

beschließt nach längerer Aussprache mit 22:16:2 (Enth.) Stimmen, keinen Beschluß in der Sache zu fassen.

Der Präsident der WRK stellt den zweiten Antrag des Rektors der U München zur Abstimmung.

Das 108. Plenum

beschließt mehrheitlich, den Auftrag an das Präsidium zu erteilen, unter Ansehung aller bekannten Fälle und Verfahren ein Grundsatzpapier über die Behandlung von Flüchtlingen vorzulegen.

- d) Der Rektor der U Bremen gibt folgende persönliche Erklärung zu Protokoll: "Auf Antrag von Herrn Lobkowicz hat das Plenum der WRK beschlossen, keinen Beschluß zum Problem der Chile-Flüchtlinge zu fassen. Die Begründung lautete, daß ein derartiger Beschluß den Anschein erwecken würde, es handle sich um eine politische Parteinarbeit der WRK.

Ich erkenne an, daß es praktisch unmöglich ist, sich für politisch verfolgte Wissenschaftler einzusetzen, ohne sich dem Vorwurf einer politischen Parteinahme auszusetzen. Daraus folgt aber, daß die Wahrnehmung der diesbezüglichen Pflichten der Hochschulen gegenüber der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium in der Praxis nur dort erfolgen wird, wo es nicht mit politischen Risiken verbunden ist. Dies entspricht nicht meiner Vorstellung von der Wahrnehmung der Pflichten aus Art. 5 GG "Die Wahrheit ist konkret" (Hegel).

gez. von der Vring (Rektor der U Bremen)

Der Erklärung treten bei:

gez. Kettner (Vizepräsident der U Marburg)
gez. Kreibich (Präsident der FU Berlin)
gez. Heistermann (Rektor der PH Berlin)
gez. Wittkowski (Präsident der TU Berlin)
gez. Warmbold (Rektor der PH Niedersachsen)

- e) Der Rektor der U München gibt folgende persönliche Erklärung zu Protokoll: "Ich habe den Antrag auf Nichtbeschließung des Antrages Kreibich u.a. deswegen gestellt, weil mein Gewissen mir geboten hätte, dem Antrag von Herrn Kreibich, insbesondere mit der Ergänzung von Herrn von der Vring, zuzustimmen - und ich einen Beschluß in dieser Form zum derzeitigen Zeitpunkt für öffentlichkeitspolitisch zweideutig ansehe.
gez. Lobkowicz"

El Teniente

Jetzt besucht der Chef der Junta, General Pinochet, zum erstenmal die Grube. Er kommt mit dem Hubschrauber aus Santiago. Kein Spruchband, keine Fahnen, kein Jubelchor. Der Hubschrauberlandeplatz auf dem weitläufigen Bergwerksgelände tief in der Cordillere gleicht einem vorgeschobenen Divisions-Gefechtsstand.

Ackerknechts Gebirgsjäger haben die umliegenden Höhenzüge und die Zufahrtswege besetzt. Fallschirmjäger, Ranger, Carabineros und Geheimpolizisten mit der MP im Arm sind als Verstärkung eingetroffen.

Am Rand des Platzes, abgedrängt von den Soldaten, steht auch ein halbes Dutzend Arbeitervertreter zur Begrüßung des Generals. Mißtrauisch blicken sie zu den Fallschirmjägern, als ich frage, ob die Gewerkschaft noch

intakt ist. „Viele sind weg“, sagt einer schließlich, und setzt dann hinzu: „Aus Gründen, die allgemein bekannt sind.“ Ein Offizier schlendert heran. „Sonst ist alles in Ordnung hier“, sagt der Arbeiter laut.

Der General landet. Oberst Ackerknecht hat seine große Stunde, als er dem Oberbefehlshaber der Armee und der Republik die Hand drückt. Der General, ein steinernes Gesicht über dem preußischen Uniformkragen, inspiziert die Grube, wie man eine Truppe inspiziert. Die Arbeitsvorgänge werden erklärt, Zahlen genannt, Rekorde gemeldet. Der General nimmt alles mit knappem Kopfnicken zur Kenntnis. Die Arbeiter blicken schweigend auf den Troß mit den Schnellfeuergewehren. Nirgendwo auf diesem einstündigen Rundgang ein „Viva“, nirgendwo ein Händeklatschen.

Anschließend Lunch im Club der Grubenleitung, hermetisch abgeriegelt vom Begleitkommando. Der General spricht zu den versammelten Ingenieuren und ausgewählten Arbeitern. Eine Stimme, die seit Jahrzehnten gewohnt ist, Befehle zu geben, aber nichts Mitreißendes hat. Der General lobt ein wenig, verspricht den Bergarbeitern, daß sie – als einzige in Chile – weiterhin den automatischen Inflationsausgleich behalten werden, und kommt dann zur Sache: „Es gibt in Chile immer noch Leute, die an die Rückkehr der Vergangenheit glauben, die glauben, daß es in zwei, drei Jahren Wahlen geben wird – aber diese Herrschaften täuschen sich. Es wird keine Rückkehr zur Vergangenheit geben, und es wird auch sobald keine Wahlen geben.“

DER STERN (HAMBURG)

Zwei Besuche Pinochets - zwei Berichte

Puerto Varas

BESUCH DES REGIERUNGSCHEF, GENERAL PINOCHET

Noch beeindruckt von einer ausserordentlichen Persönlichkeit, wollen wir heute über ein unerwartetes Geschenk berichten, nämlich über den Besuch unseres Staatsoberhauptes, General Augusto Pinochet Ugarte.

Am 1. März kam General Pinochet, von den südlichen Provinzen Aysen und Chiloé kommend, in Puerto Montt an, wo er überall von einer begeisterten Menschenmenge empfangen wurde. Allerorten wo dieser auserst sympathische hohe Offizier sich sehen liess, geriet die Menschenmenge in einen unbeschreiblichen Jubel, welcher sich in begeistertem Applaus, Hochrufe, Händeschütteln und Umarmungen Luft zu machen versuchte. Geduldig und lächelnd liess der General alle diese strapatiosen Kundgebungen über sich ergehen, und man ersah daraus nur zu deutlich die Erleichterung und tiefe Dankbarkeit des Volkes, gegenüber ihrem wahren Befreier und unserem braven Streitkräften im allgemeinen.

Nicht anders war es am darauf folgenden Tag bei seiner überraschenden Ankunft in Puerto Varas. Gross und Klein, Arm und Reich, alles was nur Kopf und Beine hat, rannte hin, um diesen einmaligen Präsidenten zu sehen. Einmalig schon deswegen, weil er erstens unser armes durch drei so schwere Jahre hindurch grausam geprüftes Chile knapp vor dem absoluten Chaos errettete, und einmalig auch, weil er eben zum Staatsoberhaupt geworden ist ohne lange aufreibende und demagogische Wahlpropaganda, und fast wider seinen eigenen Willen; nur aus echtem Patriotismus heraus, und in dem ehrlichen Wunsche seinem Vaterland und seinem Volke zu dienen.

Wir hatten, in Vertretung unsorer „Condor“ das Privileg, bei der Pressekonferenz im Hotel Puerto Varas zugegen sein zu dürfen, und aus erster Hand die Eindrücke

des Generals und seiner begleitenden Minister zu hören, und die nächstliegenden Projekte dieser Provinzen. Konkrete Fragen wurden gestellt, kurz und prägnant waren die Antworten. Ein wahres Labsal nach drei Jahren leerer Versprechungen und inhaltslosen Reden des verflorenen Regimes. Keinerlei unnoetige oder gar demagogische Phrasen oder Versprechen kamen über die Lippen, im Gegenteil, er betonte immer wieder, dass wir zunächst alle Opfer bringen müssen, dass in diesem Jahre noch nicht allzuviel geändert werden kann, ja wir müssen erst einmal aus dem sehr ersten Schlammassel herauskommen, welche uns die vorherige Regierung vererbt hat, um dann erst allmählich wieder in die Reihe zu kommen.

Vor gut einem Jahre haben wir noch die Paraguayer um ihren General Stroessner beneidet, und des öfteren hörte man den Satz: sagt den Paraguayern, sie mögen uns nur für ein paar Monate ihren General ausleihen. Nun können wir beruhigt sagen; wir haben gleich vier Generale bekommen; einer immer besser als der andere, und unsere ganze lange Erfahrung und Menschenkenntnis müsste uns trügen, wenn wir nicht aufrichtig sagen wollten; wir haben uns grosse Los gewonnen!

Es wäre ungerecht unseren Bericht zu schliessen ohne die gleichfalls so sympatische Gattin des Generals, Doña Lucia Hiriart de Pinochet zu erwähnen, welche ihre Intelligenz, Güte und Geduld unter Beweis stellte bei der Zusammenkunft mit den Frauen der verschiedenen „Centros de Madres“ (Mütterverbände) bei welchen sie so freundlich und geduldig alle Fragen und Probleme derselben beantwortete. Auch sie eroberte sich die Verehrung der ganzen Provinz, und wurde reich mit Blumen und kleinen Andenken beschenkt und gefeiert. Alle hatten den Eindruck, dass nunher unser Genhieb in den besten und selbstlosesten Händen liegt.

DER CONDOR (SANTIAGO)

Keine Einreise für Brasiiianer?

Brasilianische Chile-Flüchtlinge berichten aus Argentinien

Die Proteste gegen die Einreiseverweigerung brasilianischer Chile-Flüchtlinge aus Argentinien in die Bundesrepublik sind bislang ohne Erfolg geblieben (vgl. CHN Nr.14); weitere Gesuche der betroffenen Flüchtlinge, von denen acht Stipendien bzw. Arbeitsverträge an westberliner Hochschulen besitzten, sind inzwischen abgelehnt worden. Inoffiziell verlautete zur Begründung der Ablehnung, die Flüchtlinge seien nicht gefähret. Dies widerspricht einmal der Auffassung des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen in Argentinien und steht zum anderen im Gegensatz zu der objektiven Situation, in der sich die betroffenen Flüchtlinge befinden. Darüber berichtet die folgende Dokumentation, die im wesentlichen die Berichte der abgewiesenen Flüchtlinge wiedergibt.

Nach der Ablehnung der Einreise zur Erteilung politischen Asyls: Anträge auf Touristenvisum und Aufenthaltsgenehmigung

"Vor einiger Zeit sagte uns ein Angehöriger der Botschaft, daß wir ein Touristenvisum oder eine Aufenthaltsgenehmigung für die Bundesrepublik Deutschland beantragen könnten. Diejenigen von uns, die chilenische Fremdenpässe hatten, beantragten Touristenvisa, da das nur 3 Tage benötige, eine Aufenthaltsgenehmigung aber bis zu 3 Monaten, wie man uns sagte. Wir wollten mit dem Touristenvisum einreisen und in der Bundesrepublik eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Als wir unsere Pässe nach 9 Tagen abholen wollten, standen wir vor der Überraschung, daß man uns das Visum zunächst in die Pässe gestempelt, dann aber wieder für ungültig erklärt hatte. Da unser Ausweis ein chilenischer Fremdenpaß ist, gibt uns jetzt kaum ein Land ein Einreisevisum, da mit einem für ungültig erklärten Visum das Dokument praktisch wertlos geworden ist. Daraufhin sagten uns dieselben Beamten, wir könnten ja eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Viele taten es nicht, weil das wirklich schon ein Katz-und-Maus Spiel schien. Aber einem von uns, Wilson Egidio Fava Chisse, der den Antrag stellte, hat man schon eine ablehnende Antwort gegeben."

Einem zweiten Flüchtling, Liszt Benjamin Vieira Aragon, ist am 29.3.1974 der Antrag ebenfalls abgelehnt worden.

Gefährdung der brasilianischen Chile-Flüchtlinge in Argentinien

"Was die politische Verfolgung angeht, übertreffen die brasilianischen Behörden die von Uruguay und Bolivien. Es kostet uns wirklich etwas Überwindung, das zu sagen, da wir ja Brasilianer sind: oft nimmt man wegen der eigenen Sorgen die der anderen nicht wahr. Aber es ist die Wahrheit. Wir Brasilianer haben in der Mehrheit keine Papiere, und die brasilianische Regierung gewährt uns keinerlei Dokumente. Vielen wurden die Papiere von der brasilianischen und chilenischen Polizei bzw. dem Militär abgenommen. Aber damit nicht genug: Die Verfolgung durch das brasiliani-

sche Regime reicht bis in andere Länder. Einige Beispiele:

1. In Chile sind nach dem Putsch verhaftete Brasilianer im Nationalstadion in Santiago von brasilianischen Militärs verhört worden. Diese Verhafteten konnten in den Händen der chilenischen Polizei bzw. des Militärs ein Buch sehen, mit Fotos, persönlichen und politischen Daten hunderter Verfolgter des brasilianischen Unterdrückungssystems.
2. Einige Brasilianer, die vor einiger Zeit argentinisches, uruguayisches und bolivianisches Territorium bereisten, wurden verhaftet und nach Brasilien ausgeliefert. Wir wissen die Namen von einem, dem dieses Schicksal in Bolivien widerfuhr, von einem anderen, den dasselbe in Uruguay traf. Wir geben die Namen nicht an, weil wir dazu nicht befragt sind.
3. Der kürzlichen Entführung und Verschleppung von 2 Brasilianern aus Argentinien sind ähnliche Ereignisse vorausgegangen (vgl. ChN Nr. 14). Mitte 1971 wurde auf dem Flughafen von Buenos Aires der nach Chile emigrierte Brasilianer Edmur da Fonseca entführt, der sich auf einer Reise von Chile nach Uruguay befand. Bis heute weiß man nichts von ihm - offensichtlich ist er ermordet worden. Kurz darauf wurde, ebenfalls im Flughafen von Buenos Aires, ein anderer Exilbrasilianer entführt: der ehemalige Oberst Jefferson Cardim Osorio, der sich auf einer Reise von Europa nach Chile befand. Jefferson Cardim ist noch heute in Haft im Gefängnis Ilja das Flores im Staat Guanabara, Brasilien.
4. Am 27. März 1971 nahm die Polizei eine Durchsuchung der Räume des Krankenhauses in Buenos Aires vor, wo die Flüchtlinge untergebracht sind. Die Knüppel schlagbereit griffen sie sich eine Gruppe von Flüchtlingen heraus und führten sie ab. Später ließen sie alle bis auf einen wieder frei, José Jorge Sanjines, der noch in Haft ist und um dessen Freilassung sich die argentinischen Organisationen bemühen."

Lebensbedingungen der brasilianischen Chile-Flüchtlinge in Argentinien

"Da wir hier nicht unseren ständigen Wohnsitz nehmen dürfen, bekommen wir keinerlei argentinische Papiere - außer denen, die besagen, daß wir uns auf der Durchreise in ein anderes Land befinden. Unter diesen Umständen dürfen wir weder arbeiten noch studieren. Selbst die schulpflichtigen Kinder können keinen Unterricht erhalten.

Wir bekommen Verpflegung (nur Mittag- und Abendessen) und Unterkunft. Oft ist die Nahrung in schlechtem Zustand, was bei uns häufig Magen- und Darmbeschwerden hervorruft. Außerdem ist der Nährgehalt der Verpflegung für die Kinder mangelhaft, abgesehen davon, daß auch sie sich nur auf Mittag- und Abendessen beschränkt. In der ersten Zeit bekamen die Kinder zusätzliche Nahrungsmittel (Milch, Kekse), aber schon seit über 2 Monaten werden sie nicht mehr ausgegeben.

Da wir nicht arbeiten können und die Mehrzahl von uns aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen stammt, die Familien also kein Geld schicken können - sind viele in ernsthaften Schwierigkeiten. Wir haben zumindest einige Ausgaben für Frühstück, Fahrtkosten (Nahverkehr), Medikamente, Toilettenartikel, usw., also unbedingt notwendige Ausgaben, abgesehen von den Ausgaben für ein wenig Unterhaltung, die

gerade die Kinder nötig brauchen. In der ersten Zeit bekamen wir eine sehr kleine Beihilfe von einigen Organisationen (UNICEF, Weltkirchenrat), jetzt nicht mehr. Es gibt Ehepaare oder einzelne Mütter mit einem oder zwei Kindern unter 5 Jahren: für sie sind die Schwierigkeiten am größten, wie man sich vorstellen kann."

Zur Ablehnung der Einreise

"Als wir den Asylantrag stellten, wußten die Regierungen, darunter auch die Bundesrepublik, daß wir eine politische Vergangenheit haben, denn das ist in der Bitte um Asyl inbegriffen. Außerdem ist es eine Norm des internationalen Rechts, die besagt, daß für die Beurteilung des Asylantrages die Begründung des Antragstellers selbst ausschlaggebend ist. Wenn das nicht so wäre, gäbe es keinen einzigen Asylierten auf der Welt. Aber allem Anschein nach hat sich die Regierung in der Beurteilung unseres Antrages auf den "Bericht" der brasilianischen Polizei gestützt. Das ist umso ungewöhnlicher und absurd, als alle Welt weiß, daß es sich in diesem Fall um ein Regime handelt, das aus politischen Gründen Tausende von Menschen foltert, ermordet, inhaftiert und verfolgt."



INFORMATIONEN

Eine Woche trat Anfang April eine Gruppe lateinamerikanischer Studenten in Bonn in einen Hungerstreik, um die Junta zur Auskunft über den Verbleib und Zustand von Bautista van Schouwen, Luis Vitale, Alejandro Romero und Manuel Cabieses zu zwingen.

Wenigstens die Verhaftung von Schouwens am 13.12.73 bestätigte die chilenische Botschaft in Bonn; sie gab an, daß er sich im Augenblick in einem Gefängnis in Santiago befindet. Dieses öffentliche Geständnis der Junta-Vertretung, daß von Schouwen sich in den Händen der Diktatur befindet, macht es unmöglich, ihn stillschweigend zu ermorden. Über 4000 Bundesbürger, dazu politische, gewerkschaftliche und studentische Organisationen hatten sich mit den Forderungen der Studenten solidarisch erklärt, dazu auch telefonisch bei der Botschaft protestiert.

Zum Abschluß der Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile, die vom 21. bis 24. März in Helsinki stattfand, appelliert die Kommission dringend an alle Menschen und Organisationen, an alle Regierungen und ihre internationalen Körperschaften:

- die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen durch die Junta, und die USA-Einmischung in chilenische Angelegenheiten anzuprangern,
- für die Isolierung der Militärjunta von der internationalen Gemeinschaft zu wirken,
- jegliche Unterstützung für die Junta zu beenden,
- aktive Unterstützung dem Kampf des chilenischen Volkes für die Wiedereinsetzung der legitimen Regierung zu geben,
- Druck auf die Junta auszuüben, den Kriegszustand aufzuheben, den Terror zu beenden, definitiv alle Konzentrationslager zu schließen und alle politischen Gefangenen zu entlassen.



Dieses Motiv ist als Autokleber (selbstklebend, Format 10x10, Menschen schwarz, Hintergrund rot, Schrift weiß) gegen Vorauszahlung eines Solidaritätspreises von DM 2.- in Briefmarken über Chile-Komitee, c/o ESG, 1 Berlin 31, Koblenzer Str. 8 erhältlich. Der Reinerlös wird der Widerstandsbewegung in Chile zugeführt.

BIBLIOGRAPHIE

a) Bücher

LE CHILI EST PROCHE Révolution et contre-révolution dans le Chili de l'Unité Populaire, Textes présentés et annotés par Maurice Najman Maspero, 3155, 30 FF

Chile: una tragedia americana Hrg: colección política dirigida por Rogelia García Lupo, Ediciones de CRISIS, Bs.As., 1974 259 Seiten

Philippe Labreuve Chile bajo las botas, Crónicas del terror Editorial ABRAXAS, Bs.As., 103 Seiten

Camilo Taufic Chile en la hoguera, Crónica de la represión militar Ediciones Corregidor, Bs.As., 269 Seiten

Helios Prieto Chile: Los Gorilas estaban entre nosotros Editorial Tiempo contemporaneo, Bs.As., 87 Seiten

b) Broschüren

LATEINAMERIKA HEUTE, Sonderbericht Chile Nr.4, Hrg: AELA Hamburg

Info Nr.1, Schwerpunktthema: Chile, März 1974 Hrg: SOS Hannover 1.50 DM

Chile Antiimperialistischer Kampf 7 Hrg: Verlag Roter Stern, Frankfurt Fotos und Dokumente, 94 Seiten, 5.- DM

Chile: Das Volk wird siegen! Hrg: Liga gegen den Imperialismus 120 S.

Fernando Mires, Kurze Geschichte des Populismus (in Chile) in: Kritik der Politischen Ökonomie Nr.2, März 74, Verlag Olle u. Wolter

Das Kieler Chile-Komitee hat zum 1. Mai eine neue Chile-Zeitung herausgegeben. Umfang 8 Seiten, Preis 0,20 DM, zu beziehen über: Jörg Feldner, 23 Kiel Rendsburger Landstr. 59

Von Mitgliedern des Georg-von-Rauch-Hauses in Berlin wurde eine Chile-Schallplatte herausgebracht. Sie ist zum Solidaritätspreis von 4.- DM zu beziehen bei: Joachim Müller, 1 Berlin 36, Waldemarstr. 102 (Briefmarken, Bargeld)

